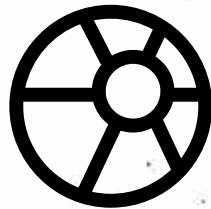
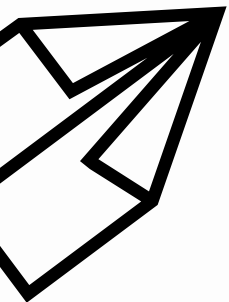
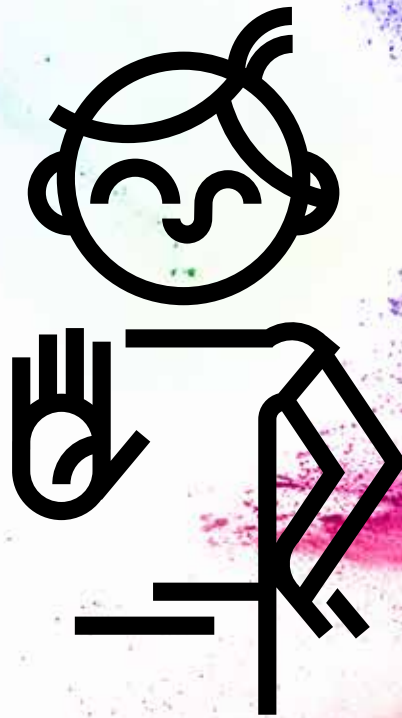
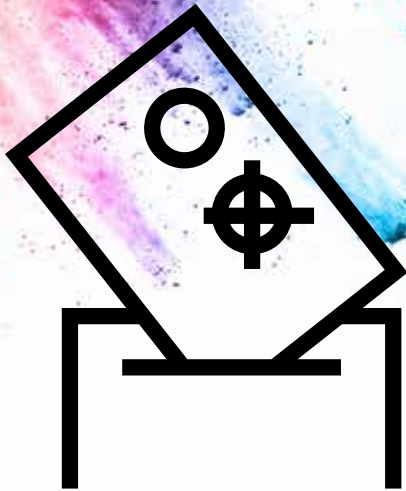


07/2019

MAGAZIN DES LANDESVERBANDES  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BERLIN

# STACHLIGE ARGUMENTE

No.201



## ALLE NACH IHRER FASSON

Für ein selbstbestimmtes Leben in Berlin

**MIETENWAHNSINN STOPPEN!**  
Für eine Neuausrichtung des Berliner  
Wohnungsmarktes

**INS ROLLEN GEBRACHT**  
28 Milliarden für den öffentlichen Nahverkehr



# GRÜNZEUG

DAS WÖRTERBUCH

## WAS IST EIGENTLICH DER UMWELTVERBUND?

Anders als der Begriff Umweltverbund vielleicht auf den ersten Blick vermuten lässt, handelt es sich dabei nicht um eine Gruppierung von besonders naturverbundenen Umweltaktivist\*innen, sondern um einen Begriff aus der innerstädtischen Verkehrsplanung. Die Umwelt steht dabei natürlich trotzdem im Vordergrund.

Als Umweltverbund bezeichnet man die Gruppe von umweltverträglichen Verkehrsmitteln als Gegenstück zum bekanntermaßen wenig umweltfreundlichen motorisierten Individualverkehr mit dem privaten Pkw. Zu dieser Gruppe zählen die Busse und Bahnen des öffentlichen Nahverkehrs sowie Taxis, Carsharing-Fahrzeuge und natürlich Fahrräder und der Fußverkehr.

Die rot-rot-grüne Koalition hat sich das Ziel gesetzt, den Umweltverbund in Berlin deutlich zu stärken. Grundlage dafür ist das Mobilitätsgesetz, das im letzten Jahr verabschiedet wurde. Neben dem Ausbau des ÖPNV und der Radinfrastruktur sollen bis 2030 alle Berliner Busse mit sauberem Strom aus regenerativen Energien betrieben werden.

So will Rot-Rot-Grün mehr Menschen dazu bewegen, auf das eigene Auto zu verzichten und ohne Einbußen in ihrer Mobilität auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusteigen. Mit einem starken Umweltverbund kommen wir dem Ziel einer sauberen und gesünderen Luft für alle Berliner\*innen ein großes Stück näher.

Von Claudio Prillwitz

## EDITORIAL

# 2019 IST GRÜN!

Bei der Europawahl am 26. Mai gab es dieses Jahr allen Grund zu feiern: Mit 20,5 Prozent im Bund und unglaublichen 27,8 Prozent in Berlin haben wir unser bisher bestes Ergebnis erreicht. Aus Berlin schicken wir ein starkes Team ins EU-Parlament, das wir Euch in dieser Ausgabe vorstellen. Europa wird grün!

Aber auch in Berlin war im ersten Halbjahr 2019 viel los. Wie können wir den Mietenwahnsinn in der Hauptstadt stoppen? Bekommt Berlin bald ein Paritätsgesetz? Was macht die grüne Senatsverwaltung mit 28 Milliarden Euro für den ÖPNV? Und kann ein plastikfreier Wahlkampf funktionieren? Das und vieles mehr erfahrt Ihr auf den nächsten Seiten.

Unser Schwerpunkt liegt in dieser Ausgabe auf der Frage, wie in Berlin alle Menschen selbstbestimmt leben und nach ihrer Fassung glücklich werden können. Dafür haben wir in den letzten Monaten mit der Stadtgesellschaft diskutiert, zu einem großen Kongress geladen und einen Beschluss auf unserem Parteitag gefasst. Alles dazu ab Seite 16.

Wenn Euch die Europawahl Lust auf mehr gemacht hat: Im September steht in unserem Nachbarland Brandenburg die nächste Wahl an. Wie Ihr unsere Nachbar\*innen beim Wahlkampf unterstützen könnt, erfahrt Ihr auf Seite 11.

**Viel Spaß beim Lesen!**  
**Eure Redaktion.**

# 01

## INHALT

### DISKURS

- |           |   |           |  |
|-----------|---|-----------|--|
| <b>02</b> | QUEER<br><b>GLEICHE RECHTE FÜR<br/>REGENBOGENFAMILIEN</b>       | <b>11</b> | MITMACHEN<br><b>LANDTAGSWAHL IN BRANDENBURG</b>    |
| <b>03</b> | GLEICHSTELLUNG<br><b>BERLIN BRAUCHT EIN<br/>PARITÄTSGESETZ!</b> | <b>12</b> | WÜRDIGUNG<br><b>MICHAEL CRAMER</b>                 |
| <b>04</b> | KINDERSCHUTZ<br><b>GEWALTPRÄVENTION</b>                         | <b>13</b> | EUROPA<br><b>FÜR DICH IM EU-PARLAMENT</b>          |
| <b>06</b> | WOHNEN<br><b>MIETENWAHNSINN STOPPEN!</b>                        | <b>14</b> | WAS TUN!<br><b>PLOGGING</b>                        |
| <b>08</b> | NAHVERKEHRSPLAN<br><b>INS ROLLEN GEBRACHT!</b>                  | <b>15</b> | GRUNDSATZPROGRAMM<br><b>WIE WEITER UND WOHNIN?</b> |

---

### SCHWERPUNKT

- 16** **ALLE NACH IHRER FASSON**  
FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN IN BERLIN
- SCHLAGLICHTER**  
DICKSEIN IST KEIN DEFIZIT | WEIN, BIER ODER DOCH LIEBER GRAS? | SELBSTBESTIMMT  
UND ALLEINERZIEHEND | SELBSTBESTIMMUNG, SPRACHE & POLITIK
- PLURAL NACH VORNE**  
VIELFALT UND SELBSTBESTIMMUNG BEI BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

---

### VOR ORT

- |           |   |  |
|-----------|---|--|
| <b>26</b> | FRAKTION, LAGen, AGen,<br>KREISVERBÄNDE                                     | <b>NATURSCHUTZ BEI R2G</b>                             |
|           | <b>BERLINS ROLLE IM DEUTSCHEN<br/>KOLONIALISMUS ENDLICH<br/>AUFARBEITEN</b> | <b>VIELFALT DER STIMMEN</b>                            |
|           | <b>FAMILIE NEU DENKEN</b>   | <b>PLASTIKMÜLLFREIER WAHL-<br/>KAMPF – GEHT DAS?</b>   |
|           | <b>41. CHRISTOPHER STREET DAY<br/>IN BERLIN</b>                             | <b>SANKTIONEN DURCH DIE JOB-<br/>CENTER REDUZIEREN</b> |
|           |   | <b>REDAKTION</b>                                       |

# GLEICHE RECHTE FÜR REGENBOGEN- FAMILIEN

Constanze Körner ist queerpolitische Aktivistin in Berlin und setzt sich für die Rechte von gleichgeschlechtlichen Paaren und ihren Familien ein. Wir haben mit ihr darüber gesprochen, was sich ändern muss.



**Constanze, Du hast mit anderen Aktivistinnen letztes Jahr den Verein LesLeFam e. V. gegründet. Wo finden Frauen und Lesben Euch in Berlin?**

**CONSTANZE** – Wir sind in intensiven Verhandlungen über eigene Räume. Lichtenberg ist für uns im Moment der Bezirk mit dem interessantesten Angebot. Wir wollen Regenbogenfamilien in Berlin auch außerhalb des Szenekiezes Schöneberg, wo ich 2013 das Regenbogenfamilienzentrum aufgebaut habe, sichtbar machen. Bis dahin schaut auf unsere Website [www.leslefam.de](http://www.leslefam.de). Wir haben viel Kompetenz an Bord und sind gut vernetzt.

**Bündnis 90/Die Grünen haben letztes Jahr einen Gesetzentwurf im Bundestag eingebracht, der das Abstammungsrecht an die Einführung der Ehe für alle anpassen will. Um was geht es?**

**CONSTANZE** – Wir wollen die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Ehen in Bezug auf ihre Kinder. Beide Partnerinnen sollen rechtliche Eltern der in die Ehe oder Lebenspartnerschaft geborenen Kinder sein, wie es in heterosexuellen Ehen immer schon gilt, egal, ob der Partner biologischer Vater ist. Darüber hinaus fordern wir die Mutterschafts Anerkennung bzw. Sorgeerklärung auch ohne Trauschein, wie sie heterosexuellen Partnerschaften längst möglich ist.

Das Interview führte  
Astrid Lamm.

**Wie ist der Stand aktuell?**

**CONSTANZE** – Justizministerin Katharina Barley hat im März einen Entwurf für eine Änderung vorgelegt und eine Anhörung im Rechtsausschuss verlief positiv. Unklar sind die Details. Barley will die rechtliche Elternschaft für die Partnerin der Geburtsmutter nur nach ärztlich assistierter Befruchtung anerkennen. Wir setzen uns für die Absicherung auch aller Elternteile ein, die auf privatem Weg Kinder bekommen.

**Wie sieht es mit dem weitergehenden Regelungsbedarf aus, den unsere grüne Sprecherin für Frauen- und Queerpolitik Ulle Schauws im Bundestag anspricht?**

**CONSTANZE** – Gesetze hinken der gesellschaftlichen Realität hinterher. Nach meiner Erfahrung führt es nicht zum Erfolg, alles auf einmal in eine Änderung zu packen. 96 Prozent der Regenbogenfamilien bestehen laut Zukunftsforum Familie aus zwei Müttern mit Kindern, daher ist hier der Regelungsbedarf am dringendsten. Es muss danach weiter gehen auf dem Weg zu einem ganz neuen Familien- und Abstammungsrecht.

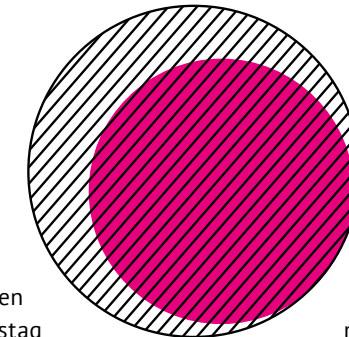
**Auch unsere Berliner LAG QueerGrün befasst sich gerade mit dem Thema Familie. Mehr dazu auf Seite 27.**

# BERLIN BRAUCHT EIN PARITÄTSGESETZ!

Die Hälfte der Macht den Frauen:  
Das ist eine urgrüne Forderung und seit unserer Gründung werden wir ihr durch unsere Frauenquote gerecht – doch insgesamt ist die Gesellschaft noch lange nicht so weit. Zeit, dass wir das ändern!

## 39,8%

**DIE PARTEI  
MIT DEM HÖCHSTEN  
FRAUENANTEIL**



## 50%

Bundesrat einfordern. Selbstverständlich ist dabei für uns, dass ein Weg gefunden werden muss, der nicht nur Frauen und Männer einbezieht, sondern auch für alle Berliner\*innen gilt, die sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen.

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat einen Frauenanteil von 33,1 Prozent, der Bundestag sogar nur 30,7 Prozent. Erschreckend ist an diesen Zahlen nicht nur, dass Frauen deutlich unterrepräsentiert sind, sondern auch die Tatsache, dass diese Zahlen rückläufig sind – im Bundestag etwa ist der Frauenanteil so niedrig wie zuletzt vor der Wahl 1998.

Das muss ein Ende haben. Und wir wissen: Ohne gesetzliche Regelung wird sich hier nichts ändern. Deshalb brauchen wir für alle Wahlen – von den Bezirken über das Abgeordnetenhaus bis hin zum Bundestag und dem Europaparlament – quotierte Wahlvorschläge; ein so genanntes Paritätsgesetz.

Brandenburg hat es vorgemacht: Dort wurde im Januar ein inklusives Paritätsgesetz verabschiedet. Das wollen wir auch in Berlin. Deshalb ist es gut, dass die rot-rot-grüne Koalition nun prüfen lässt, wie ein Paritätsgesetz für Berlin aussehen kann. Doch das reicht uns nicht! Denn die Gleichberechtigung von Frauen ist nicht optional, sondern in der Verfassung festgeschrieben.

Wir haben deshalb auf unserem Parteitag im März beschlossen, dass wir auch auf Bundes- und Europaebene eine gesetzliche Regelung wollen, die dazu führt, dass die Hälfte aller gewählten Parlamentarier\*innen Frauen sind. Wenn der Bund hier nicht selbst tätig wird, werden wir dies über den

Und auch als Partei wollen wir weiter an der Repräsentanz von Frauen in der Politik arbeiten – denn auch wenn wir mit 39,8 Prozent die Partei mit dem höchsten Frauenanteil sind, sind auch wir damit noch weit von 50 Prozent entfernt. Wir nehmen das als Ansporn und Auftrag, weiterhin verstärkt mehr Frauen in ihrem politischen Engagement zu bestärken und sie in der Partei gezielt zu fördern.

Weil gerade Frauen, die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind – also zum Beispiel Women of Colour, Frauen mit Behinderung oder Trans\*frauen – in Parteien und Parlamenten besonders unterrepräsentiert sind, werden wir auf ihre Unterstützung ein besonderes Augenmerk legen.

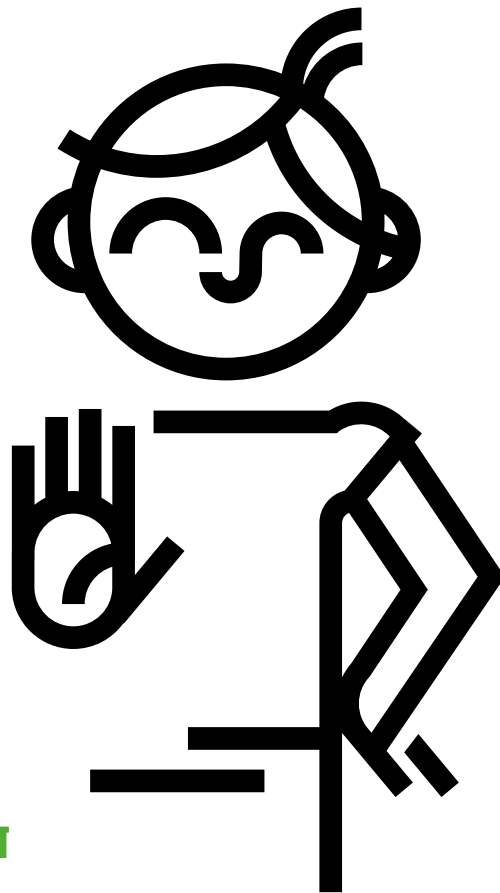
**100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts haben wir die Gleichberechtigung in den Parlamenten noch lange nicht erreicht – doch wir werden weiter gemeinsam dafür kämpfen!**

von Nina Stahr  
Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Berlin  
Antje Kapek und Silke Gebel  
Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus

# GEWALTPRÄVENTION

KINDER STARK UND ERWACHSENE WACH MACHEN

**Zu einem selbstbestimmten Leben gehört die Freiheit ›Ja‹ oder ›Nein‹ zu sagen. Die Freiheit zu entscheiden, wen ich mag, wen ich umarmen möchte und von wem ich mich umarmen lasse. Dazu gehört, dass ein ›Nein‹ genauso akzeptiert wird wie ein ›Ja‹.**



Kinder sind dabei in einer Position, in der sie täglich mit engen Vertrauten umgeben sind, von deren Wohlwollen, Zuneigung und Sicherheit sie abhängig sind. Hier kann es für sie schwierig werden, sich abzugrenzen. Was ist gut, was ist schlecht? Wie können Kinder sich schützen und wo finden sie Schutz?

Sexualisierte Gewalt und Grenzüberschreitungen führen zu schweren seelischen Verletzungen und können ein Leben lang nachwirken. Tabuisierung und falsch verstandene Toleranz haben schlimme Folgen. Prävention, Aufklärung, Information und Beratung brechen das Tabu, helfen Anzeichen sexualisierter Gewalt frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

Kinder müssen Grenzüberschreitungen erkennen und ermutigt werden, sie auszusprechen. Sie müssen erfahren, dass ihre Bedürfnisse ernst genommen werden und Ansprechpartner\*innen ihres Vertrauens haben, an die sie sich wenden können, wenn sie sich unsicher sind.

**KINDER MÜSSEN  
GRENZÜBERSCHREITUNGEN  
ERKENNEN UND ERMUTIGT  
WERDEN, SIE AUSZUSPRECHEN.**

In Berlin gibt es Träger, Projekte und Angebote, die die notwendige Expertise haben, in Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen und Beratungsstellen Kinder stark und Erwachsene wach zu machen. Erfolg bringt diese Arbeit, wenn sie bei Kindern und Erwachsene langfristig und kontinuierlich angelegt ist. Da kein Bereich der Gesellschaft davon frei ist,

muss auch eine Sensibilisierung für das Thema sexualisierter Gewalt flächendeckend und in die Ausbildung aller relevanten Berufsgruppen aufgenommen werden.

Rot-Rot-Grün hat in der Koalitionsvereinbarung festgehalten: **»Für eine effektive Gewaltprävention sind eine umfassende Aufklärung und Bildung zur sexuellen und körperlichen Selbstbestimmung unerlässlich. Hierbei wird die Koalition die bestehenden Netzwerke in ihrer Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendeinrichtungen unterstützen.«**

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für eine sichere Finanzierung von Beratungs-, Präventions-, Aufklärungs- und Nachsorgestellen ein. Besonders Schulen müssen in die Lage versetzt werden, eine wirkungsvolle Präventionsarbeit zu leisten und brauchen die nötigen Ressourcen für entsprechende Fortbildungen und Sensibilisierungstrainings.

Ute Paul, Mediatorin und Supervisorin der Fachstelle zur Prävention von sexualisierter Gewalt an Mädchen\* und Jungen\* Strohalm e.V., sagt, Schutzkonzepte in Kitas sind vorhanden. Sie im pädagogischen Alltag umzusetzen, ist Voraussetzung für Prävention. Kinder müssen beteiligt werden, zu Entscheidungen ermutigt und ihre Wünsche ernst genommen werden.

Für Sozialpädagogin Lena Gonzalez Batista beginnt die Anerkennung der Persönlichkeit durch Ansprache der Kinder mit ihren Namen, statt unangemessener Kosenamen. **»Mein Körper gehört mir«** beginnt mit der Achtung der Persönlichkeit in allen Bereichen.

von Wolfgang Schmidt  
Fachliche Beratung Wildwasser e.V.,  
Strohalm e.V. und SIBUZ

Dies bestätigt auch Irina Stolz, Geschäftsleitung bei Wildwasser e.V. Eine allgemeine Atmosphäre respektvollen Umgangs lasse Grenzüberschreitungen für Kinder leichter erkennbar werden. In einem Umfeld von Grenzüberschreitungen werden sexualisierte Überschreitungen und Formen des Machtmissbrauchs eher möglich und weniger wahrgenommen.

Die Sensibilisierung der Erwachsenenwelt – von Erzieher\*innen, Lehrer\*innen, Eltern – beginnt genau hier, ist sich Matthias Siebert von den schulpsychologischen und inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren fachübergreifend sicher. Sexualerziehung muss Teil eines pädagogischen und sozialpädagogischen Konzeptes sein, bestätigen alle Gesprächspartner\*innen.

Sexueller Missbrauch findet nach den aktuellen Zahlen überwiegend in der Familie und ihrem sozialen Umfeld statt. Dort gibt es jedoch keine Fortbildungen oder Schutzkonzepte. Damit sind Schulen und Kitas Orte, an denen ermutigt, bestärkt und Vertrauen geschaffen werden kann, um Kinder und Erwachsene zu sensibilisieren.

Die GEW unterstützt die Initiative **»Schule gegen sexuelle Gewalt«**. Marlis Tepe, GEW Bundesvorsitzende, sagt: **»Dafür brauchen Schulen Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, um diese zu qualifizieren, ihre Handlungsoptionen zu erweitern und ihre Beratungskompetenz zu stärken«**. Präventionskonzepte spielen eine Schlüsselrolle für gelebten Kinderschutz.

Die Verantwortung von Prävention liegt bei den Erwachsenen. Relevante Berufsgruppen müssen fortgebildet, Eltern und das soziale Umfeld beraten, eingeladen und angesprochen werden.

**»KINDERRECHTE UND  
PRÄVENTIONSTHEMEN  
MÜSSEN ÖFFENTLICH  
SICHTBAR UND IN ALLEN  
TEILEN DER GESELLSCHAFT  
BEKANNT GEMACHT  
WERDEN«,**

sagt Lena Gonzalez Batista. Um dem Rechnung zu tragen, braucht es das Personal und die Finanzierung. Dafür machen sich Bündnis 90/Die Grünen in Berlin stark.

## AUFARBEITUNG: UMGANG DES LANDESVERBANDS MIT SEXUALISierter GEWALT GEGEN KINDER

Der Umgang mit Pädosexualität und sexualisierter Gewalt gegen Kinder ist auch Teil der grünen Parteigeschichte – und bis heute ihr wohl dunkelstes Kapitel. Wir verstehen es als unsere Pflicht und Verantwortung, einen Beitrag zur Aufarbeitung dieser Vergangenheit zu leisten und Konsequenzen aus unseren Fehlern zu ziehen. Der Berliner Landesverband hat deshalb 2013 eine Kommission eingesetzt, um den Umgang der Partei mit Pädosexualität und sexualisierter Gewalt gegen Kinder von der Gründungsphase bis in die 1990er-Jahre aufzuarbeiten. Alle Informationen zur Kommission und den vollständigen Bericht gibt es unter [www.gruene.berlin/aufarbeitung](http://www.gruene.berlin/aufarbeitung).

# MIETEN- WAHNSINN STOPPEN!

FÜR EINE NEUAUSRICHTUNG DES BERLINER  
WOHNUNGSMARKTES UND EINE STARKE  
GEMEINWOHLORIENTIERTE WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Noch immer hat in Berlin jede\*r zweite Angst vor Verdrängung. Angst davor, das Zuhause, den Kiez, das Lebensumfeld zu verlieren. Und das nicht ohne Grund. Denn noch immer findet jeder vierte Umzug in Berlin wegen Verdrängung statt: Mieterhöhungen, Eigenbedarf, teure Modernisierungen, fehlende Instandhaltung.

Das wollen wir nicht länger hinnehmen. Für uns Grüne ist klar: Es gibt nicht die eine Maßnahme, die zum Erfolg führt. Auf unserem kleinen Parteitag haben wir deshalb einstimmig ein Bündel von Maßnahmen beschlossen, mit dem wir uns dem Mietenwahnsinn in Berlin entgegenstellen werden.

**DABEI SETZEN WIR AUF  
DEN DREIKLANG:**

**BAUEN,  
ERWERBEN,  
REGULIEREN.**

**FÜR DIE UMSETZUNG  
KÄMPFEN WIR AUF ALLEN  
EBENEN.**

Wir werden nicht zulassen, dass der Berliner Wohnungsmarkt mehr und mehr zu einem Spekulationsobjekt für internationale Hedgefonds wird. Dass die Wohngemeinnützigkeit auf Bundesebene abgeschafft wurde, war genauso ein fataler Fehler wie die Wohnungsprivatisierungen der rot-roten Koalition in Berlin. Wir werden aus den Fehlern der vergangenen Regierungen lernen und die Politik wieder zu einem starken Akteur auf dem Wohnungsmarkt machen.

Unser Ziel ist es, den gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt deutlich auszubauen. Dabei ist für uns nicht entscheidend, ob die Stadt die Wohnung besitzt oder ein Privater. Für uns geht es darum, dass die Mieter\*innen im Zentrum stehen. Deshalb unterstützen wir auch Genossenschaften mit voller Kraft. Wir wollen, dass Senatorin Katrin Lompscher endlich mehr **Bauflächen an Genossenschaften** vergibt und mit ihnen ein Bündnis schmiedet. Genossenschaften sind ein Garant für einen sozialen Wohnungsmarkt und würden schnell und umgehend bauen, was wir derzeit nicht stemmen können.

Wir fordern, dass auf **Bundesebene** die **Wohngemeinnützigkeit** wieder eingeführt wird – und wir werden auch in Berlin prüfen, ob eine Einführung möglich ist. Der **Neubau** muss deutlich angekurbelt werden. Dabei darf aber nicht länger am Bedarf vorbei gebaut werden. Denn Wohnungen, die den Mietmarkt nicht entlasten, bringen den Berliner\*innen nichts.

Wir müssen endlich der Spekulation mit Bodenpreisen einen Riegel vorschieben und mit Nachdruck **Baugebote aussprechen**. Wir müssen die Bezirke stärken, damit diese das **Vorkaufsrecht** besser ziehen und den **Milieuschutz** weiter ausbauen können. Und damit sie bei Zweckentfremdung und spekulativem Leerstand härter durchgreifen können.

Auch ein **Mietenmoratorium** für fünf Jahre unterstützen wir. Denn für uns ist klar: Die Zeit, eine Maßnahme nach der anderen anzugehen, ist endgültig vorbei. Jetzt heißt es, alles angehen, sofort und gleichzeitig.

Deshalb unterstützen wir auch die Ziele des Volksbegehrens ›Deutsche Wohnen und Co. enteignen‹. Deshalb kämpfen wir gemeinsam mit den Initiator\*innen dafür, die Mieter\*innen zu schützen, der Spekulation Einhalt zu gebieten und den **gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand** deutlich zu erhöhen.

Die Vergesellschaftung ist für uns aber nicht das alleinig allheilbringende Mittel, sondern muss in ein Gesamtkonzept eingebettet werden. Die quantitative Obergrenze sehen wir dabei kritisch. Wir kämpfen für qualitative Kriterien – Kriterien, mit denen eine Vergesellschaftung auch abgewendet werden kann. **Dazu zählen etwa die Einhaltung des Berliner Mietspiegels, regelgerechte und transparente Betriebskostenabrechnungen oder ein Mitbestimmungsrecht der Mieter\*innen.**

Darauf kommt es uns an und das erwarten wir von den Wohnungsunternehmen. Und das ist auch unsere Pflicht als Politik, denn wir haben die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass die Sozialpflichtigkeit des Grundgesetzes auf dem Wohnungsmarkt endlich wieder gilt.

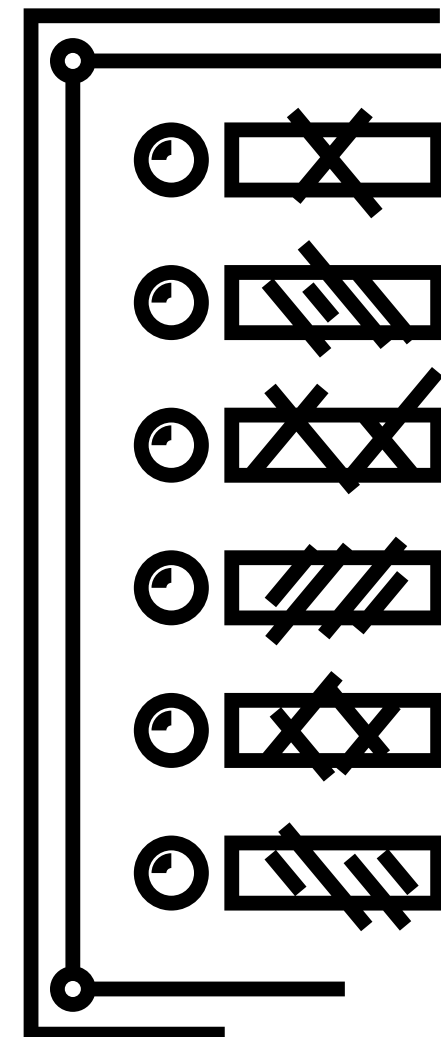
**WIR WOLLEN,  
DASS DER STAAT  
WIEDER AUF  
AUGENHÖHE  
MIT WOHNUNGS-  
UNTERNEHMEN  
VERHANDELN  
UND AGIEREN  
KANN.**

Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht zwingen, die Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsgemäßen Auftrag erfüllen zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern, ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt, diesen Schritt gehen.

Das Volksbegehren ›Deutsche Wohnen und Co. Enteignen‹ ist ein Weckruf aus der Zivilgesellschaft, den wir als Politik sehr ernst nehmen müssen. Deshalb begnügen wir uns nicht damit, einfach abzuwarten. Wir fordern den Senat und das Abgeordnetenhaus auf, nun in Verhandlungen mit den Initiator\*innen zu treten und einen Runden Tisch mit allen Akteur\*innen aufzusetzen – von

den Initiativen bis hin zu den Immobilienkonzernen. Diese Verhandlungen können auch in ein Gesetz münden. Nur gemeinsam werden wir es schaffen, den Mietenwahnsinn in Berlin endlich zu stoppen.

Nina Stahr und Werner Graf  
Landesvorsitzende Bündnis 90/  
Die Grünen Berlin



**DEN VOLLSTÄNDIGEN BESCHLUSS GIBT ES UNTER  
[HTTPS://GRUENLINK.DE/1M99](https://gruenlink.de/1M99).**

# INS ROLLEN GEBRACHT

BIS 2035 INVESTIERT ROT-ROT-GRÜN 28 MILLIARDEN EURO  
IN DEN ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR

Von Hannah König

»EIN STARKER ÖPNV FÜHRT ZU BESSERER LUFT, WENIGER LÄRM, REDUZIERT DEN AUTOVERKEHR UND DAMIT ZEITRAUBENDE STAUS – UND ER SORGT FÜR MEHR VERKEHRSSICHERHEIT.«

Regine Günther,  
Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Berlin, U-Bahn-Station. Die Türen gehen auf, im Wagon stehen Menschen dicht an dicht. Einsteigen bitte! Es ist stickig und heiß, die Scheiben sind beschlagen. Aber die letzten zwei Bahnen sind schon ausgefallen, jetzt drängt die Zeit. Also heißt es einmal tief Luft holen, einen Schritt nach vorne machen und sich zwischen die verschwitzten, ächzenden Massen quetschen. Berliner Alltag.

Millionen Menschen fahren in der Hauptstadt jeden Tag mit dem öffentlichen Nahverkehr. Allein die BVG verzeichnete 2017 über eine Milliarde Fahrgäste. Und es werden immer mehr. Bei den Investitionen hat sich das aber lange Zeit nicht bemerkbar gemacht. Über Jahrzehnte wurde der Berliner ÖPNV kaputtgespart. Damit ist jetzt Schluss.

Die rot-rot-grüne Koalition wird in den nächsten 15 Jahren mehr als 28 Milliarden Euro für den Ausbau des ÖPNV ausgeben. Die grüne Senatorin Regine Günther hat dafür einen Nahverkehrsplan mit einem umfassenden Investitions- und Maßnahmenpaket erarbeitet.

Das Ziel: Noch mehr Menschen sollen Bus, Bahn und Tram für ihre täglichen Wege nutzen. »Ein starker ÖPNV führt zu besserer Luft, weniger Lärm, reduziert den Autoverkehr und damit zeitraubende Staus – und er sorgt für mehr Verkehrssicherheit«, sagt Regine Günther.

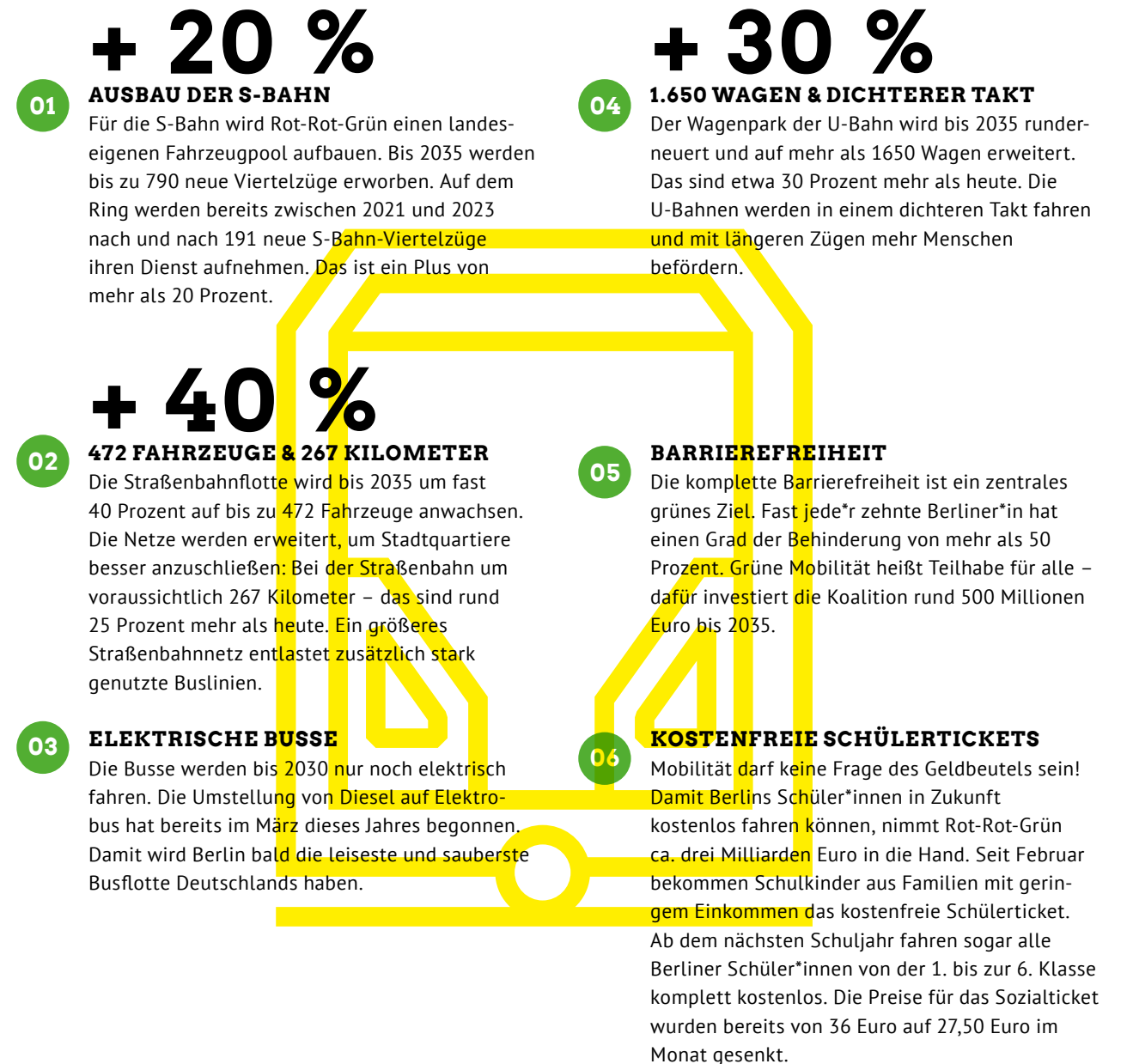
Der beispiellose Ausbau des Nahverkehrs ist eines der zentralen Projekte der Berliner Verkehrswende. Hunderte Millionen Fahrgäste werden von mehr und moderneren Wagen, dem Ausbau von Strecken, Taktverdichtungen und Barrierefreiheit profitieren. Konkret sind folgende Maßnahmen geplant:

## ZIELE FÜR EINEN ATTRAKTIVEN ÖPNV

Damit der ÖPNV attraktiver wird und noch mehr Menschen umsteigen, setzt sich der Nahverkehrsplan folgende Ziele:

- » Das ÖPNV-Angebot muss **erreichbar und verlässlich** sein.
- » Züge und Busse müssen in **kurzen Takten und pünktlich** kommen und nicht kontinuierlich überfüllt sein.
- » Die **Ticketpreise müssen sozial verträglich sein** und besonders Kinder und Jugendliche sollen den ÖPNV einfacher nutzen können.
- » Eine **vollständige Teilhabe** für Menschen mit Behinderung muss gegeben sein.
- » Der gesamte ÖPNV **verzichtet auf fossile Brennstoffe** und wird damit klimafreundlich.

# MASSNAHMEN





»MIT DEM NAHVERKEHRSPLAN LEITEN WIR BEIM ÖPNV DIE TRENDWENDE EIN. WIR BEHEBEN DAMIT NICHT NUR DIE DEFIZITE DER VERGANGENEN JAHRE. WIR WOLLEN, DASS IMMER MEHR BERLINERINNEN UND BERLINER SAGEN KÖNNEN: ICH BRAUCHE GAR KEIN AUTO.«

Regine Günther

Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

### NÄCHSTER SCHRITT: FUSSVERKEHR

Auch das Mobilitätsgesetz geht in die nächste Runde - jetzt sind Berlins Fußgänger\*innen dran! Nach den Bausteinen zum ÖPNV und zum Radverkehr hat die grüne Senatorin Regine Günther den Teil zum Fußverkehr vorgelegt. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für die Berliner Fußgänger\*innen zu verbessern und so mehr Menschen dazu zu bewegen, ihr Auto öfter mal stehen zu lassen. Wer zu Fuß geht, soll bequem, schnell und sicher von A nach B kommen. Mit dem Mobilitätsgesetz wird der Fußverkehr endlich als gleichberechtigter Teil der Mobilität aufgewertet. Berlin setzt damit deutschlandweit Standards für die Förderung des umweltfreundlichen und gesunden Fußverkehrs.

Zentrale Ziele des Abschnitts Fußverkehr im Mobilitätsgesetz sind:

- » Direkte Wege (d.h. weniger Umwege und Wartezeiten)
- » Spürbar höhere Aufenthaltsqualität
- » Förderung der Selbstständigkeit von Kindern im Fußverkehr (sichere Schulwege)
- » Mehr Barrierefreiheit
- » Entschärfung von Konflikten zwischen Fuß- und Radverkehr
- » Mindestens zehn relevante Fußverkehrsprojekte in fünf Jahren

DEN GESAMTEN NAHVERKEHRSPLAN GIBT ES UNTER [HTTPS://GRUENLINK.DE/1LN0](https://gruenlink.de/1ln0).

# LANDTAGSWAHL IN BRANDENBURG

WAHLKAMPF, WO DER WOLF WOHNT?!



Benjamin Raschke



Ursula Nonnemacher

01  
09  
19

Am 1. September ist in Brandenburg Landtagswahl, und es geht um viel – für uns Bündnisgrüne und fürs ganze Land. Rot-Rot ist hier der Gegenentwurf zu dem, was links und bürgernah ist. Ein fast bayerisches Polizeigesetz haben sie eingeführt, aus dem Braunkohletagebau wollen sie auch nach 2035 nicht wirklich raus, Artenschutz von Biene bis zum Wolf hat keine Priorität, und in Brandenburg wird nicht nur die Spree immer brauner.

## WIR WOLLEN BRANDENBURG FAIRWANDELN!

Wir wollen Brandenburg FAIRwandeln und freuen uns über verdoppelte Umfragewerte (12 Prozent) und inzwischen 1500 Mitglieder (+1/3 in den letzten zwei Jahren). Das gibt uns verdammt viel Motivation und Energie. Genau die braucht es für ein ökologisches, soziales und weltoffenes Brandenburg. Außerdem braucht es Euch in Berlin.

Wir laden Euch ein und rufen Euch auf: Kommt zum Wahlkampf nach Brandenburg! Helft uns am Berliner Stadtrand bis in die Weiten von Uckermark, Prignitz und Lausitz. Wir freuen uns über jede Unterstützung!

## WAS KÖNNT IHR KONKRET TUN?

01 Plant mit Eurem Kreisverband und Eurem Brandenburger Partner-KV Aktionstage und Frühverteilungen an Bahnhöfen. Wenn Ihr einen Kreis- oder Ortsverband direkt unterstützen wollt, dann findet Ihr hier den Kontakt: [GRUENE-BRANDENBURG.DE/VOR-ORT](https://gruene-brandenburg.de/vor-ort)

Je nachdem worauf Ihr Lust habt und wieviel Erfahrung Ihr mitbringt, könnt Ihr in unseren 02 Aktionscamps Verantwortung für politische Veränderung und eine erfolgreiche Wahlkampagne übernehmen. Egal ob beim 03 Haustürwahlkampf oder an 04 Wahlkampfständen, beim 05 Flyer verteilen oder Plakate aufhängen, jede helfende Hand ist willkommen und wird gebraucht.

Es gibt Angebote für Unterkünfte oder freie Zimmer bei grünen Mitgliedern in ganz Brandenburg. Hier geht's zur Anmeldung: [GRUENE.DE/WAHLKAMPFURLAUB](https://gruene.de/wahlkampfurlaub)

06 Helft uns bei Präsenz auf der Straße und im Kino: Spendet eine Großflächen oder Kinowerbung für die Wahl: [WAHLPLAKAT.GRUENE.DE](https://wahlplakat.gruene.de)

07 Lust auf Last Minute? Kommt zum Havelcamp mit Robert Habeck am 23./24. August in Potsdam. Macht mit uns und Robert Haustürwahlkampf in Potsdam und den umliegenden Gemeinden und genießt zusammen den Sommerabend am Havelstrand.

Für mehr Infos geht auf [GRUENE-BRANDENBURG.DE/FREIWILLIGE](https://gruene-brandenburg.de/freiwillige) oder wendet Euch an Laura Fallis unter [laura.fallis@gruene-brandenburg.de](mailto:laura.fallis@gruene-brandenburg.de) oder 0331 979 310.

Mit Euch können wir Brandenburg FAIRwandeln. Wir freuen uns auf den Wahlkampf und auf Euch!

von Ursula Nonnemacher und Benjamin Raschke  
Spitzenkandidierende



# MICHAEL CRAMER

VON BERLIN NACH EUROPA –  
UND WIEDER ZURÜCK

**Ehemals Geteiltes wieder zusammenwachsen lassen:  
Dieser Gedanke prägte Michael Cramers politisches  
Lebenswerk. Erst in Berlin, dann in Europa.**

Nun verlässt unser langjähriger Verkehrspolitiker das Europäische Parlament.  
Eine Würdigung.

Michael war für uns Berliner Bündnisgrüne immer Mitglied im entscheidenden Parlament, wenn Getrenntes wieder feierlich miteinander vereint wurde. So saß er erst von 1989 bis 2004 für unsere Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. In der Nachwendezeit sorgte er als verkehrspolitischer Sprecher dafür, dass auch die Mobilitätsadern innerhalb unserer Stadt wieder zusammenwachsen. In dieser Zeit entstand außerdem die Idee, mit einem Radweg entlang des Verlaufs der Berliner Mauer die Bedeutung der Teilung radelnd erfahrbar zu machen. Michaels unermüdlichem Engagement ist zu verdanken, dass der Plan für einen Berliner Mauerweg Wirklichkeit wurde.

2004 schließlich betrat Michael mit seiner Wahl in das Europäische Parlament die europapolitische Bühne. Während der nächsten 15 Jahre wurde er zu einem der wichtigsten europäischen Visionäre für die Mobilität der Zukunft. Er war einer der ersten, der mit Nachdruck immer wieder den Beitrag des Verkehrssektors zur Klimakrise auf die Agenda setzte. Es gab kaum jemanden im politischen Brüssel, dem Michael, später auch als Ausschussvorsitzender, die Zahlen zur Subventionierung von Kerosin nicht unter die Nase rieb. Mit viel Herzblut kämpfte er auch für die Lückenschlüsse bei den europäischen Bahnen – mit Erfolg.

Bei aller Leidenschaft für die großen Fragen der Mobilität, blieb Michaels großes Herzensthema das Fahrrad. 2004 wiederholte sich die Berliner Geschichte auf europäischer Ebene: Europa, das jahrzehntelang durch den Eisernen Vorhang geteilt war, wurde durch die Osterweiterung wieder eins. Michael erkannte die Parallele und die Chance, den Erfolg des Berliner Mauerwegs zu wiederholen. Der von ihm initiierte Europa-Radweg Eiserner Vorhang bildet seitdem eine 7.650 km lange symbolische Schweißnaht zwischen den zusammengewachsenen Teilen Europas.

**Dein Engagement für den Frieden, das Fahrrad und den Verkehr im Gesamten wird Europa fehlen. Wir danken Dir von ganzem Herzen für Dein bisheriges politisches Wirken und freuen uns schon auf den nächsten Mauerstreifzug mit Dir.**



Michael Cramer

## VISIONÄR FÜR DIE MOBILITÄT DER ZUKUNFT



von Nina Stahr  
und Werner Graf  
Landesvorsitzende  
Bündnis 90/  
Die Grünen Berlin

# FÜR DICH IM EU-PARLAMENT

Mit 20,5 Prozent haben Bündnis 90/Die Grünen am 26. Mai 2019 ihr bisher bestes Ergebnis bei einer Europawahl erreicht – in Berlin waren es sogar 27,8 Prozent. Dieses Ergebnis wäre ohne unsere vielen engagierten Wahlkämpfer\*innen nicht möglich gewesen. 1000 Dank dafür! Aus Berlin schicken wir ein starkes Team für Dich nach Europa:



REINHARD BÜTIKOFER

Ich streite für eine nachhaltige Wirtschafts- und Industriepolitik durch ökologische Innovation. Und für eine europäische Außenpolitik, die sich an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Multilateralismus orientiert. Für mich ist diese Europawahl geprägt vom Kampf zwischen dem Europa der Demokratie und dem Europa des Nationalismus. Letzteren können wir besiegen, wenn wir Solidarität nach innen mit gemeinsamer Stärke durch geteilte Souveränität nach außen verbinden.



HANNAH NEUMANN

Vornweg: Ein Riesendankeschön für Eure Unterstützung und Stimmen! Von nun an vertrete ich Euch im EU-Parlament. In immer mehr Ländern treten Herrscher\*innen die Rechte der Menschen, die sich für Frieden, Gleichstellung, Grundrechte oder die Umwelt stark machen, mit Füßen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass Europa diese Menschen stärkt und schützt – gerade da, wo Ausgrenzung, Gefängnis, Folter und sogar Tod drohen.



ERIK MARQUARDT

Als Fotojournalist habe ich in Krisenregionen wie Afghanistan oder bei Seenotrettungsmissionen die realen Herausforderungen für Europa gesehen. Jetzt werde ich im Europaparlament für eine progressive Asyl- und Migrationspolitik eintreten, die sich an Menschenrechten und -würde orientiert, und dafür kämpfen, dass wir dem rechten Populismus in Europa und der Welt eine optimistische und mutige Politik entgegenstellen.



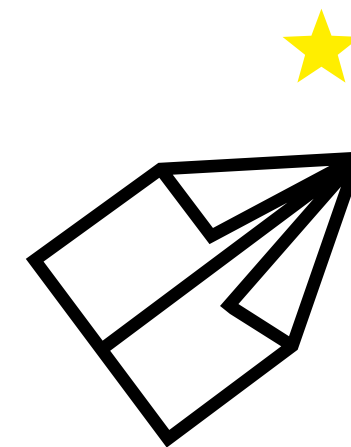
ANNA CAVAZZINI

Mit unserer gewachsenen grünen Fraktion haben wir die Chance, die Weichen in Richtung Klimaschutz und mehr soziale Gerechtigkeit zu stellen. Europa war noch nie so grün! Ich persönlich möchte mich für mehr globale Gerechtigkeit einsetzen. Konkret mache ich mich für eine gesetzliche Regelung stark, die Unternehmen entlang ihrer gesamten Lieferkette dazu verpflichtet, Menschenrechte und Umweltstandards einzuhalten.



SERGEY LAGODINSKY

Ich will für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der EU eintreten, Zivilgesellschaft schützen und neue digitale Bürgerrechte formulieren. Auch grüne Ökonomie und Innovation will ich mitgestalten – ohne eine soziale und nachhaltige Umorientierung unseres Wirtschaftens ist keine europäische Zukunft vorstellbar. Bei all dem ist gesellschaftlicher Zusammenhalt für mich zentral – wir sind nur dann stark, wenn wir gemeinsam anpacken.



## GEMEINSAM FÜR EIN SAUBERES BERLIN!

*Wie wäre es mit ploggen statt joggen? Immer mehr umweltbewusste Sportskanonen treffen sich zum gemeinsamen Laufen und Müllsammeln. Das erhöht nicht nur die körperliche Fitness, sondern ist auch gut für die Umwelt. Oder werde Putzengel und plane eine Kehrenbürger-Aktion mit Freund\*innen, Familie und Nachbar\*innen. Die BSR unterstützt dich.*

### TERMINE KEHRENBÜRGER-AKTION

29.07.2019  
Spielplatz Birne  
16:00–17:45 Uhr  
Familienzentrum Mehringdamm

06.08.2019  
Clean-Up Regatta  
10:00–17:00 Uhr  
Bootsverleih Ahoi Ostkreuz

08.08.2019  
Nahariya-Grundschule  
12:15–14:30 Uhr  
Saubermach- und  
Gartenarbeitsaktion in und  
um die Nahariya-Grundschule

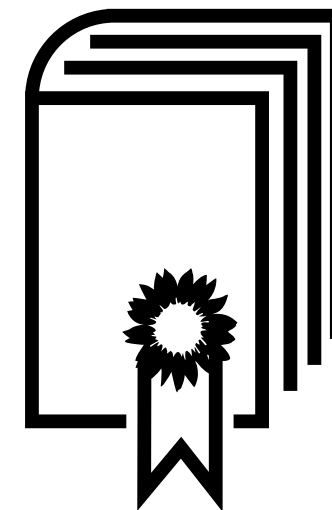
[www.kehrenbuerger.de](http://www.kehrenbuerger.de)

# PLOGGING<sup>1</sup> UND KEHREN BÜRGER\* INNEN

<sup>1</sup> DAS WORT SETZT SICH AUS JOGGING UND DEM WORT ›PLOCKA‹ (SCHWEDISCH FÜR ETWAS AUFHEBEN, SAMMELN) ZUSAMMEN.

NEUES GRUNDSATZPROGRAMM

# WIE WEITER UND WO HIN?



**Ob Klimakrise, Artensterben, Digitalisierung oder sich ausbreitender Nationalismus – viele Menschen fragen sich, wie Politik die großen Herausforderungen unserer Zeit gestalten will. Bündnis 90/Die Grünen stellen sich diesen Fragen und erarbeiten zurzeit ein neues Grundsatzprogramm.**

Aus Berlin ist eine intensive Beteiligung an diesem Prozess zu beobachten, der im Herbst 2020 abgeschlossen sein soll. Aus den Kreisverbänden und Landesarbeitsgemeinschaften kamen bereits im vergangenen Jahr zahllose Initiativen. Der zweite Konvent, der Mitte März in Berlin stattfand und bei dem der erste Entwurf vorgestellt wurde, gehörte erklärmaßen der Basis. In kleinen Gruppen wurden die von den Mitgliedern gesetzten Themen diskutiert, die anschließend von den Kreisverbänden zusammenfassend vorgestellt wurden. Und die Berliner\*innen konnten dabei starke Impulse setzen.

Neben der ökologischen Erneuerung und der Notwendigkeit eines radikalen Wandels unseres Wirtschaftssystems steht in Berlin vor allem das Thema ‚Wohnen‘ im Mittelpunkt. Hier sind es die Forderungen, ein Grundrecht auf – bezahlbaren – Wohnraum zu garantieren und den Privatbesitz an Grund und Boden, zumindest über den eigenen Bedarf hinaus, in Frage zu stellen.

### THEMENVIELFALT

- » **ökologische Erneuerung**
- » **Wandel unseres Wirtschaftssystems**
- » **Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum**
- » **Neuausrichtung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise**
- » **soziale Gerechtigkeit**
- » **Steuerflucht und Vermögensakkumulation**
- » **Bedingungsloses Grundeinkommen**
- » **Radikalität und Visionen**

Hier ausschnitthaft einige weitere Berliner Impulse: In Zusammenhang mit der Forderung nach einer grundsätzlichen Neuausrichtung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise stand der Wunsch, die Werte, für die unsere Gesellschaft steht, offen zu diskutieren (Pankow) sowie den Begriff ‚Wohlstand‘ neu und nicht einseitig materiell zu definieren (Tempelhof-Schöneberg).

Sehr deutlich wurde weiterhin die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, den notwendigen Wandel sozial verträglich zu gestalten sowie Steuerflucht und Vermögensakkumulation in den Händen Weniger zu beseitigen (Friedrichshain-Kreuzberg).

Eine weitere Forderung, die auch aus zahlreichen nicht-Berliner Kreisverbänden zu hören war, bestand darin, die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen offensiv voranzutreiben (Steglitz-Zehlendorf/Friedrichshain-Kreuzberg). Aus Charlottenburg-Wilmersdorf kam der Wunsch nach umfassender Beteiligung, und Mitte ermutigte zu ›Radikalität und Visionen‹. Das neue Grundsatzprogramm scheint auf dem besten Weg dahin zu sein.

von Henry Arnold



# ALLE NACH IHRER FASSON

FÜR EIN  
SELBSTBESTIMMTES  
LEBEN IN BERLIN

## FÜR VIELE MENSCHEN GILT BERLIN ALS SYMBOL DER FREIHEIT.

**Die Verheißung nach einem selbstbestimmten Leben für alle reibt sich aber auch hier an der Realität. Freiflächen für alternative Arbeits-, Kultur- und Wohnformen schwinden. Wichtigen emanzipatorischen Projekten fehlt das Geld. Viele Berliner\*innen erfahren Rassismus und Alltagsdiskriminierung. Und noch immer grenzen Strukturen und Gesetze bestimmte Gruppen oder Lebensentwürfe aus.**

In einem gemeinsamen Kongress kamen im Februar dann rund 200 Grüne und Vertreter\*innen aus der Zivilgesellschaft zusammen und vertieften den Austausch weiter. In Podiumsdiskussionen, Vorträgen und Workshops ging es um Rassismus, Selbstbestimmung und Bürokratie, Teilhabe, Freiräume, Alltagsarmut und viele weitere Aspekte des Themas.

Beim Landesparteitag am 6. April 2019 fand der Prozess schließlich seinen Abschluss: In einem Leit Antrag des Landesvorstands wurden die vielen spannenden Anregungen und Ideen zusammengetragen und als Beschluss verabschiedet.

Bündnis 90/Die Grünen Berlin haben deshalb im letzten Jahr einen Prozess angestoßen, um Politik und Zivilgesellschaft miteinander ins Gespräch zu bringen. Der Landesvorsitzende Werner Graf hat 25 Organisationen und Initiativen getroffen und mit ihnen diskutiert: Was heißt Selbstbestimmung heute? Was muss Politik tun, um die Teilhabe aller zu gewährleisten? Wie stärken wir Solidarität und Respekt?

Auf den folgenden Seiten geben wir einen Überblick über die wichtigsten grünen Forderungen, lassen noch einmal Akteur\*innen aus der Zivilgesellschaft zu Wort kommen, was ein selbstbestimmtes Leben für sie bedeutet, und werfen einen Blick auf unsere eigenen Strukturen und den Versuch, die Partei diverser und inklusiver zu machen.

**ALLE INFOS RUND UM  
DIE TOUR UND DEN KONGRESS GIBT ES UNTER  
[WWW.GRUENE.BERLIN/SELBSTBESTIMMT](http://WWW.GRUENE.BERLIN/SELBSTBESTIMMT).**

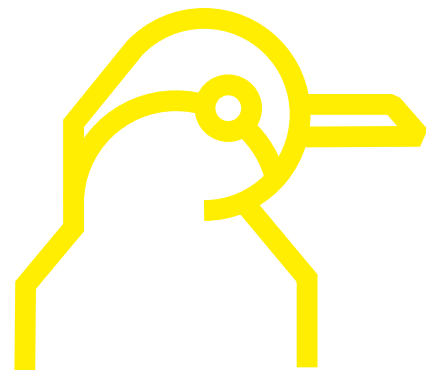
# ALLES NACH DEINER FASSON

JEDE\*R HAT DAS RECHT, SICH FREI ZU ENTFALTEN

## ANDERS IST ANDERS – SONST NIX!

Der Pinguin gehört zur Klasse der Vögel. Aber so richtig will er nicht in diese Kategorie passen. Ein echter Vogel, der muss doch fliegen können! Wie der Adler, der erhaben durch die Lüfte gleitet, kilometerweit gestochen scharf sehen kann, im Sturzflug seine Beute jagt – so muss ein richtiger Vogel sein. Der Pinguin kann nicht fliegen. Auch sehen kann er kaum etwas. Und selbst laufen fällt ihm schwer: Ein paar Meter watscheln, dann fällt er tollpatschig auf seinen Bauch.

Aber der Eindruck trügt. Denn wenn dieser Vogel auf seinen Bauch fällt, dann geht er ab wie eine Rakete. Ein lebender Düsen-Schlitten. Und springt er erst mal ins Wasser, dann gleitet er mit 60 km/h durchs Nass und kann bis zu 100 Meter tief tauchen. Die Männer der Kaiserpinguine kümmern sich ums Brüten, bei der Aufzucht wechseln sie sich solidarisch ab. Lesbische und schwule Pinguine sind gut integriert. Und wenn die Babys etwas größer sind, gründen die Pinguine solidarisch miteinander Kindergärten.



Der Pinguin ist anders als viele seiner Artgenossen. Aber das macht ihn nicht besser oder schlechter. Dieses ›anders‹ ist nur eine Frage der Perspektive. Entscheidend sind die Rahmenbedingungen. »Unser Anspruch muss sein, die Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft so zu gestalten, dass alle eine Chance haben, so zu leben wie sie können und wollen«, erklärt Werner Graf, Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Berlin.



Werner Graf  
Landesvorsitzende Bündnis 90/  
Die Grünen Berlin

**»Wir wollen, dass in Berlin unterschiedliche Lebensentwürfe friedlich und anregend neben- und miteinander bestehen können, ohne sich gegenseitig auszugrenzen.«**

Doch noch immer gibt es Hürden, die einem selbstbestimmten Leben für alle Menschen im Weg stehen – auch in der Freiheitsmetropole Berlin. Menschen mit Behinderungen finden in ihren Kiezen keine Wohnungen mehr und werden verdrängt. Frauen mit Kopftuch haben es nachweislich schwerer, eine Arbeitsstelle zu bekommen. Schwarze Menschen sind in der Schule mehr Gewalt ausgesetzt, und Sinti und Roma warten in Berlin auch mal bis zu drei Jahre auf einen Kindergeldbescheid. »Wir kämpfen dafür, diese Hürden abzubauen«, sagt Werner Graf. Erste Schritte sind auf diesem Weg schon gemacht.

## SELBSTBESTIMMTES LEBEN ... IN ALLEN BEREICHEN ERMÖGLICHEN

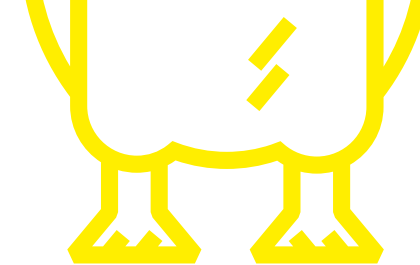
Die rot-rot-grüne Koalition ist mit dem Anspruch angetreten, die individuelle Selbstbestimmung zu stärken, Diskriminierungen in allen Bereichen der Stadtgesellschaft entgegenzutreten und bestehende Einrichtungen und Maßnahmen auszubauen. Dabei kommt der grünen Senatsverwaltung für Antidiskriminierung eine Schlüsselrolle zu.

In der ersten Hälfte der Legislatur hat Senator Dirk Behrendt Beschwerdestrukturen gegen Diskriminierung systematisch verstärkt und neue Handlungsfelder aufgebaut. Als erstes Bundesland bekommt Berlin dieses Jahr ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG). Damit schließt die grüne Senatsverwaltung bestehende Lücken beim Schutz vor Diskriminierung und gibt Betroffenen Anspruch auf Schadensersatz und Entschädigung. Im letzten Jahr wurde bereits eine Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt eingerichtet, die vor dem Hintergrund des umkämpften Mietmarkts gerade diejenigen unterstützen soll, die bei der Wohnungssuche systematisch diskriminiert werden.

Außerdem haben sich Bündnis 90/Die Grünen dafür eingesetzt, dass Berlin gezielt Anti-Schwarzen Rassismus bekämpft und bestehende Community-Strukturen für Schwarze Berliner\*innen stärkt. Mit der Roma-Community wurde eine Selbstvertretung erarbeitet, die gesetzlich verankert wird.

Die ›Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt‹ wurde in einem umfassenden Community-Prozess neu gestartet, um Homo- und Trans-Feindlichkeit in der Stadt weiter zurückzudrängen, LSBTIQ\* zu empowern und für Akzeptanz in der gesamten Stadtgesellschaft zu werben. Und mit einem Maßnahmenplan ›Gegen jeden Antisemitismus!‹ wird Berlin künftig noch entschlossener und gezielter gegen antisemitische Einstellungen und Taten vorgehen. Viele weitere Maßnahmen wurden angeschoben und umgesetzt.

Aber es bleibt noch viel zu tun. Auf dem Landesparteitag im Frühjahr 2019 haben Bündnis 90/Die Grünen Berlin einen Maßnahmenkatalog beschlossen, um allen Menschen in Berlin ein selbstbestimmtes und diskriminierungsfreies Leben zu ermöglichen. »Wenn wir wollen, dass in unserer Stadt alle nach Ihrer Fassung glücklich werden können, müssen wir unsere Strukturen dauerhaft verändern«, sagt Werner Graf. »Wir brauchen eine vielfältige und durchmischte Verwaltung und diskriminierungsfreie Einstellungsverfahren. Wir müssen Racial Profiling endlich verbieten und eine unabhängige Beschwerdestelle bei der Polizei einrichten. Unsere Schulen brauchen eine Antidiskriminierungsstrategie und diskriminierungsfreie Lehrmittel. Und wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir nicht mehr Unterkünfte nur für Geflüchtete bauen, sondern sie durchmischen und in die Stadt integrieren.«



## ... BRAUCHT PLATZ

Selbstbestimmt zu leben bedeutet auch, einen Raum, einen Ort und eine Gegend zu haben, in der man sich frei entfalten kann. Das beinhaltet Wohnprojekte für lesbische oder migrantische Communities, genügend zentrale Flächen und Büroräume für Initiativen und Verbände in der Stadt, Orte zum Feiern und zum Erholen genauso wie Platz für alternative Wohnentwürfe wie Flöße auf dem Wasser oder Wagenburgen auf dem Land. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, diese Freiräume zu schützen und auszubauen. Wichtig ist dabei auch der Interessenausgleich: »Wir wollen ein Berlin, in dem man sich nachts frei aussuchen kann, ob man nun schlafen oder feiern will. Beides muss möglich sein«, sagt Werner Graf.

Berliner\*innen leben eine Vielzahl von Lebensentwürfen. Eine Politik, die dafür kämpft, dass sich jede\*r frei entfalten kann, ist keine Nischenpolitik, keine Politik für gute Zeiten, sondern elementar für die Demokratie und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie wahrt die Menschenwürde, den festgeschriebenen Gleichheitsgrundsatz und die Minderheitenrechte. Sie garantiert gleichberechtigte Teilhabe und ist somit eine Politik für das Gemeinwohl – eine Politik für alle. Dafür stehen Bündnis 90/Die Grünen.

Von Hannah König

# DICKSEIN IST KEIN DEFIZIT

WIDERWORTE  
ZUM NORMKÖRPER

Groß und klein, das sind Adjektive, mit denen sich eine Körperform neutral beschreiben lässt, für dick und dünn gilt dies nicht. Dünn – aber auch wieder nicht zu dünn – gilt als das anzustrebende Ziel. Dick steht dafür, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde. Positive Eigenschaften wie gesund, leistungsstark und erfolgreich sind mit dünn verbunden, in Kombination mit dick werden sie so nahezu undenkbar. Dick zu sein erfährt damit eine beständige Stigmatisierung.

Im Gesundheitsbereich sind dicke Menschen hiervon besonders stark betroffen. Sie werden häufig auf ihr Gewicht reduziert, was zu Fehldiagnosen führt, manchmal wird ihnen die Behandlung komplett verweigert. Auf dem Arbeitsmarkt haben sie bei gleicher Qualifikation und Leistungsfähigkeit erheblich schlechtere Chancen. In der Bewerbungsphase wird ihnen teilweise offen ins Gesicht gesagt, dass sie aufgrund ihrer Körperform nicht in Frage kommen, und bei ihrer Entlohnung zeigt sich ein deutliches Weight-Pay-Gap.

## 75 %

der deutschen Bevölkerung haben entweder selbst **Vorurteile gegenüber dicken Menschen** oder **widersprechen diesen nicht**,

## 15 %

meiden den Umgang mit **hochgewichtigen Menschen**.

**DIESE EINSTELLUNGEN SIND DER BODEN AUF DEM GEWICHTSDISKRIMINIERUNG ZUM ALLTAG WIRD.**

Während andere Gruppen durch Antidiskriminierungsgesetze hiervor geschützt werden, können sich dicke Menschen nicht auf eine staatlich-politische Rückendeckung in ihrem Kampf gegen Diskriminierungen berufen.

In Berlin besteht aktuell die Chance, das zu ändern. Gewicht ins Landesantidiskriminierungsgesetz aufzunehmen wäre eine erste rechtliche Anerkennung von Gewichtsdiskriminierung und ein klares politisches Signal in Richtung dicker Menschen, dass sie und ihre Stellung in der Gesellschaft wahrgenommen werden. Doch das kann nur ein Anfang sein. Es wird deutlich mehr brauchen, um den Gedanken der Gleichwertigkeit aller Körper in der Bevölkerung zu verankern und Gewichtsdiskriminierung entgegenzuwirken. Die selbstverständliche Thematisierung von Gewichtsvielfalt im Kontext von Diversity und ein Aktionsplan zur Sensibilisierung der Bevölkerung für Gewichtsdiskriminierung müssen daher die nächsten Schritte sein.

von Natalie Rosenke  
Vorsitzende  
Gesellschaft gegen  
Gewichtsdiskriminierung



Viele gesellschaftliche Gruppen werden weiterhin **diskriminiert und an einem selbstbestimmten Leben gehindert**. Im Fall von Konsument\*innen illegalisierter Drogen haben wir es aber mit einer besonderen Situation zu tun. Nachdem Homosexuelle erfolgreich für ihre Rechte gekämpft haben, sind Drogenkonsument\*innen die letzte gesellschaftliche Gruppe, die strafrechtlich verfolgt wird für ein Verhalten, das niemand anderem schadet.

Der Mensch hat ein natürliches Bedürfnis nach Rausch. Praktisch alle Erwachsenen haben Drogen-erfahrung, sei es mit Kaffee, Alkohol, Zigaretten oder Cannabis. Es gibt hunderte von Substanzen, die unser Bedürfnis nach Rausch befriedigen können. Hanf, Alkohol, Psilocybinpilze, Meskalinkakteen, viele dieser Rauschmittel begleiten den Menschen seit Jahrtausenden und haben den Menschen zu dem gemacht, was er ist.

Doch der Staat geht extrem intolerant damit um. Außer Alkohol, Nikotin und Koffein ist praktisch alles verboten worden, was eine psychoaktive Wirkung hat.

**Für diejenigen, die sich einen Rausch verschaffen wollen, gilt im Prinzip ein staatliches Alkoholgebot. Dabei gehört Alkohol, wie auch Tabak, zu den gefährlichsten Drogen, die wir kennen, mit hohem Abhängigkeitspotential und dramatischen gesundheitlichen Auswirkungen. Beide Drogen zusammen fordern über 100.000 Todesopfer in Deutschland, jedes Jahr.**

Trotzdem kommen die meisten Menschen mit ihrem Alkoholkonsum klar, und das ist auch bei anderen Drogen so.

Die Einteilung in legale und illegale Drogen folgt keiner Gefahreinschätzung, sie ist komplett willkürlich. Alle, die sich für eine andere Droge entscheiden, werden gejagt und mit Strafverfahren überzogen. Das ist kein Kampf gegen Drogen, sondern gegen Menschen! Mehrere hunderttausend Strafverfahren jedes Jahr sind das Resultat.

# WEIN, BIER ODER DOCH LIEBER GRAS?

Trotzdem gibt es Millionen Cannabiskonsument\*innen in Deutschland. Drogenverbote bringen nichts, sie senken nicht den Konsum und verhindern keine Probleme. Aber sie schaffen Probleme: Sie fördern kriminelle Strukturen, sie sorgen für gefährliche Stoffqualität auf dem Schwarzmarkt, sie kosten uns Steuerzahler\*innen Milliarden, sie erschweren Prävention und Behandlung, sie verhindern Jugend- und Verbraucherschutz.

**Aber im Kern geht es um Toleranz, um selbstbestimmtes Leben. Die Legalize-Bewegung ist eine Bürgerrechtsbewegung! Und wir haben noch viel zu tun.**

von Georg Wurth  
Geschäftsführer Deutscher Hanfverband



# SELBSTBESTIMMT & ALLEINERZIEHEND

## HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE EIN-ELTERN-FAMILIE

Jede dritte Familie mit minderjährigen Kindern ist in Berlin eine sogenannte Ein-Eltern-Familie. Das ist Ansporn und Herausforderung für die seit 1990 existierende SelbstHilfelinitiative Alleinerziehender e.V. (SHIA). Die Einrichtung bietet vielfältige Unterstützungsangebote, seien es thematische Gruppen, Workshops, Infoveranstaltungen, Sozial- und Rechtsberatungen oder ergänzende Kinderbetreuung außerhalb der Kita- und Hortöffnungszeiten.

Austausch und Vernetzung sind wichtige Bestandteile der Arbeit. Dabei machen die SHIA-Mitarbeiterinnen die Erfahrung, dass die Familienform alleinerziehend wie ein Seismograf für soziale Probleme in dieser Stadt ist – denken wir nur an Themen wie ergänzende Kinderbetreuung oder den angespannten Wohnungsmarkt. Neben den konkreten Angeboten versteht sich SHIA als Lobby und trägt die Erwartungen und Bedarfe der Mütter und Väter in die familien- und frauenpolitischen Gremien.

Wir haben Alleinerziehende gefragt, was selbstbestimmt zu leben für sie bedeutet im Hinblick auf Finanzen, Infrastruktur, Zeit und Familienrecht – und was sie dafür noch brauchen. Selbstbestimmt leben heißt für die Befragten, sowohl eine gesicherte materielle Existenz für ihre Familie zu haben als auch genügend Zeit für ihre Kinder. Es bedeutet, einen Beruf ausüben zu können, der zur Ausbildung passt und auch als Teilzeitstelle so ausreichend bezahlt wird, dass er in der Gegenwart eine sichere finanzielle Grundlage bildet und in der Zukunft nicht zur Altersarmut führt.

### FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN WÜNSCHEN SICH DIE BEFRAGTEN:

- » **Vertrauen in den Leistungswillen** der Alleinerziehenden und **Vertrauen in ihre Arbeitsleistung.**
- » **Finanzgerechtigkeit** für Alleinerziehende.
- » Eine **veränderte Sicht auf Kinder und Kindererziehung:** Kinder sind unsere Zukunft und einer der wichtigsten Faktoren, die unseren Planeten erhalten werden, d.h. Eltern investieren in die Zukunft der Gesellschaft und benötigen Wertschätzung und finanzielle Gerechtigkeit.
- » **Mehr Rechte** für Alleinerziehende in der Arbeitswelt, zum Beispiel das **Recht auf Teilzeit und Rückkehr zur Vollzeit.**
- » Vielfältige Möglichkeiten **familienfreundlichen und bezahlbaren Wohnens.**
- » **Wertschätzende Beratungen bei Familienkonflikten.**
- » **Verbesserung der Arbeit der »Beistände«** der Jugendämter, damit der den Kindern zustehende Unterhalt auch tatsächlich gezahlt wird.

*»Im Großen und Ganzen kann ich zusammenfassen, dass es am Zeit- bzw. Geldmangel liegt, weshalb ich mein Leben im Moment nicht selbstbestimmt leben kann. Aber dass ich in diese Situation gekommen bin, habe ich mir bewusst selbst ausgesucht. Das war die letzte große selbstbestimmte Entscheidung in meinem Leben und ich bereue sie nicht.«*  
Alleinerziehende Mutter

von SHIA  
SelbstHilfeInitiative Alleinerziehender e.V.

# SELBSTBESTIMMUNG, SPRACHE & POLITIK

## DREI RATSCHLÄGE VON MENSCHEN MIT GEISTIGER BEEINTRÄCHTIGUNG

**Mein Name ist Sascha Ubrig. Ich arbeite bei der Lebenshilfe Berlin als hauptamtlicher Interessenvertreter. Das bedeutet, ich bekomme dafür ein Gehalt. Und ich habe bei der Arbeit zwei Kolleginnen, die mich unterstützen.**

Ich setze mich für meine Rechte ein. Aber hauptsächlich tue ich etwas für andere Menschen mit Lernschwierigkeiten, weil wir oft nicht ernst genommen werden. Das finde ich überhaupt nicht schön, aber viele denken, mit uns Menschen mit einer Beeinträchtigung können sie es machen.

Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum in Berlin, wir wollen nicht in Wohnheime oder ins Pflegeheim geschickt werden. Gerade da würden wir krank werden und es wäre keine Hilfe. Wir haben das Recht, in einer eigenen, schönen Wohnung zu leben, ohne dass wir viel Geld bezahlen müssen und uns nicht immer einen Kopf machen müssen. Oder ständig Angst haben zu müssen, dass wir ausziehen oder auf der Straße landen und betteln müssen.

Deswegen appelliere ich an die Politiker, da zu handeln! Wir wollen auch da leben, wo alle von uns leben. Wir fühlen uns in unseren Bezirken gut aufgehoben, weil wir dort groß geworden sind. Dort kennen wir alles. Das ist unsere Heimat. Hier kennen wir uns aus. Wir wissen selber am besten, was wir brauchen und wo wir einkaufen gehen oder in Parks, ins Kino, zu Ärzten gehen können. Ich denke, wir können viel sagen, wo wir erst genommen werden sollten!

Ich appelliere an die Politiker, dass Menschen mit einer Beeinträchtigung Rechte haben, Informationen zu bekommen, die sie haben wollen. Aber bitte alles in Leichter Sprache, damit wir es besser verstehen können, was ihr uns sagen wollt. Dann können wir dazu auch etwas sagen, weil wir wissen, was wir wollen.

Gerade bei Ämtern ist es so, dass die Anträge nicht in Leichter Sprache sind. In Schwerer Sprache, das bringt uns nicht weiter. Wir möchten den Text, den wir ausfüllen sollen, auch gut verstehen. Wenn die Information in den Anträgen beim Amt auch in Leichter Sprache zu uns kommt, wäre das sehr gut. Noch besser finde ich, wenn alle Ärzte auch in Leichter Sprache sprechen.

Ich würde es gut finden, wenn die Politiker die Wörter Behinderung und Beeinträchtigung auch mal zum Thema machen. Wir müssen immer das Wort Behinderung ertragen. Das ist ein Schimpfwort für uns, das ist eine Diskriminierung. Wir finden Menschen mit einer Beeinträchtigung gut, dieses Wort ist keine Beleidigung. Es wäre gut, wenn sich das Wort Beeinträchtigung in der Gesellschaft rumspricht, dann werden wir auch ernst genommen.

Ich appelliere auch an die Politik, in den RBB-Rundfunkrat einen Vertreter für Menschen mit Beeinträchtigung aufzunehmen. Es gibt dort immer noch keinen Vertreter für uns. Es ist aber wichtig, dass wir dort mitreden. Wir kämpfen schon lange dafür, dass Menschen mit Beeinträchtigung mitentscheiden, was im RBB läuft. Deswegen wäre es gut, den Rundfunk-Staatsvertrag zu ändern, damit Menschen mit Beeinträchtigung dort mitbestimmen können.

Aber auch in anderen Gremien sitzen oft nur Fachleute, keine Menschen mit einer Beeinträchtigung. Dort gilt das Gleiche!

von Sascha Ubrig  
hauptamtlicher Interessenvertreter im  
Lebenshilfe e.V. Landesverband Berlin

# PLURAL NACH VORNE

VIELFALT UND SELBSTBESTIMMUNG BEI BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## DIVERSITY-RAT

Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen in unserer Gesellschaft selbstbestimmt und frei von Diskriminierung leben können. Aber wer die Gesellschaft verändern will, muss bei sich selbst anfangen. Deshalb haben wir in unserer Partei Strukturen und Prozesse geschaffen, die sicherstellen sollen, dass wir noch vielfältiger werden und dass sich alle Menschen bei uns sicher, gehört und wohl fühlen können.



Anja Feth, unsere Referentin für Frauen- und Gesellschaftspolitik in der Landesgeschäftsstelle, hat nicht nur den Selbstbestimmt-Leben-Kongress auf die Beine gestellt, sondern beantwortet auch alle Fragen rund um den Diversity-Rat. Du erreichst sie unter [anja.feth@gruene-berlin.de](mailto:anja.feth@gruene-berlin.de).

von Anja Feth

## BESCHWERDE-KOMMISSION

FÜR FÄLLE SEXUELLER BELÄSTIGUNG

Seit zwei Jahren gibt es in unserem Landesverband die Beschwerdekommision für Fälle sexueller Belästigung. Mit Heidi Degethoff de Campos, Wolfgang Schmidt, Ingrid Bertermann, Marianne Burkert-Eulitz und Ulli Reichardt gehören ihr fünf Mitglieder an, die alle bereits Beratungserfahrung in diesem sensiblen Bereich mitbringen. Die Kommission arbeitet präventiv und stellt allen in der Partei Strukturen, Wissen und Handlungsempfehlungen zur Verfügung. Als Partei sind wir ein sozialer Raum, in dem ganz unterschiedliche Menschen zusammenarbeiten. Was für manchen harmlos als Altherrenwitz daherkommt, lässt andere verletzt und angegriffen zurück. Bei verbalen wie körperlichen Übergriffen ist die Beschwerdekommision für Euch ansprechbar und kann direkt die Unterstützung bieten, die es in dem individuellen Fall braucht. Sie kann umgehend intervenieren und bei Bedarf auch professionelle Hilfe organisieren. Wir alle können mal in eine Situation kommen, in der wir Vertrauen und Unterstützung brauchen. Sprecht die Mitglieder der Kommission an, sie stehen dafür zur Verfügung.

von Wolfgang Schmidt

## ANTI-DISKRIMINIERUNGS-BEAUFTRAGTE

Seit etwas mehr als einem Jahr sind Lilian Seffer und Sebastian Walter als Antidiskriminierungsbeauftragte für Betroffene\* in der grünen Partei da. Wir haben mit ihnen über ihre Arbeit gesprochen.



Lilian Seffer  
AG BuntGrün



Sebastian Walter  
Stv. Fraktionsvorsitzender  
und Sprecher für  
Antidiskriminierung und  
Queerpolitik

**Wie ist es Euch bisher mit der neuen Aufgabe ergangen?**

**LILIAN** – Wir dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass es innerhalb unserer Partei ähnliche Strukturen gibt wie in der Gesellschaft. Auch bei uns machen Menschen Diskriminierungserfahrungen.

**SEBASTIAN** – Wir werden regelmäßig kontaktiert. Wir arbeiten aber auch noch daran, die Stelle bekannter zu machen und innerhalb der Partei für die Problematik von Alltagsrassismus insgesamt zu sensibilisieren.

**Grün und Rassismus – man sollte meinen, das schließt sich aus?**

**LILIAN** – Nein. Auch die grüne Partei ist gewachsen in einer Gesellschaft, in der Weiß-Sein die Norm ist und mit Privilegien einhergeht. Die Etablierung von Antidiskriminierungsbeauftragten und anderen Strukturen zeigt, dass es eine Bereitschaft gibt, sich damit auseinanderzusetzen. Aber Rassismus existiert und passiert täglich, die Intentionen sind hier nachrangig. Dafür wollen wir das Bewusstsein schärfen.

**SEBASTIAN** – Auch Sexismus spielt eine große Rolle, sowie Fragen der Inklusion. Diskriminierung findet überall statt. Die Frage ist: Wie gehen wir damit um?

**Herzlichen Dank und weiterhin viel Erfolg bei Eurer Arbeit!**

Das Interview führte Henry Arnold.

**Wie sieht Eure Arbeit konkret aus?**

**LILIAN** – Wir sind vor allem dafür da, mit den Betroffenen Gespräche zu führen, zu vermitteln, gegebenenfalls zu dokumentieren, an Lösungen mitzuwirken und insgesamt durch unseren Sitz im Diversity-Rat auch die Strukturen dahingehend zu verbessern.

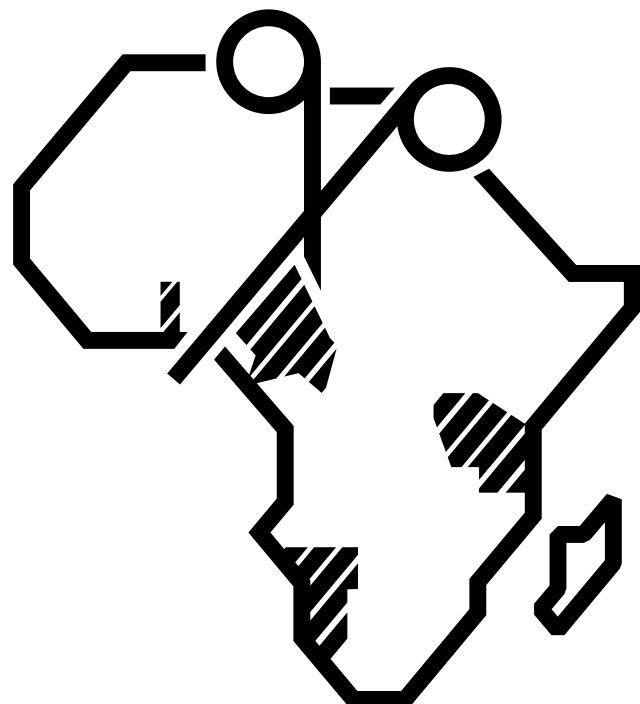
**SEBASTIAN** – Wir gehen auch direkt auf die Kreisverbände zu. Kürzlich waren wir auf Einladung bei einem grünen Stammtisch des KV Spandau zu Gast, das war ein sehr gutes Gespräch. Gern mehr davon!

**Geht Eure Arbeit auch über die Partei hinaus?**

**SEBASTIAN** – Ja, auch über unsere Beauftragten-tätigkeit hinaus sind wir beide am Thema dran. Im Abgeordnetenhaus ist die grüne Fraktion der Motor für eine berlinweite Antidiskriminierungspolitik – sei es für den Bereich Schule, auf dem Wohnungsmarkt oder gegen Antisemitismus.

**LILIAN** – Mein politisches Engagement zur Umsetzung des in den Menschenrechten verbrieften Schutz vor Diskriminierung hat einige Überschneidungspunkte mit der Position der Antidiskriminierungsbeauftragten. Ich befasse mich beispielsweise mit institutionellem Rassismus bei der Polizei.

# BERLINS ROLLE IM DEUTSCHEN KOLONIALISMUS ENDLICH AUFARBEITEN



Für uns Grüne ist die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und ihrer Verbrechen, wie Völkermord und Sklavenhandel, ein zentrales Anliegen. Die aktuellen Debatten zeigen, dass der Weg zu einer echten Dekolonisierung Berlins aber noch weit ist. Die Kontroversen über Straßenumbenennungen wie im Afrikanischen Viertel, um das Humboldt Forum und die Rückgabe von kolonialer Raubkunst stehen bislang jede für sich. Gemeinsam markieren sie eine offensichtliche Leerstelle: Berlin fehlt ein Gesamtkonzept im Umgang mit seiner kolonialen Vergangenheit.

Das wollen wir Grünen ändern. Im engen Austausch mit postkolonialen Initiativen und Aktivist\*innen haben wir einen Parlamentsantrag erarbeitet, der gegenwärtig in den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses beraten wird. Im Zentrum steht die Forderung nach der Erarbeitung eines gesamtstädtischen postkolonialen Erinnerungskonzepts – wobei wir daran klare Anforderungen stellen: Der Senat muss Vertreter\*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und den ehemaligen Kolonien ebenso wie die Bezirke einbinden. Alle relevanten Politik- und gesellschaftlichen Handlungsfelder sind einzubeziehen. Dazu gehören neben einer umfassenden wissenschaftlichen Aufarbeitung und aktiven Erinnerungskultur auch Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Antirassismus. Eine besondere Rolle kommt der Erinnerung im öffentlichen Raum zu. So fordern wir in Abstimmung mit dem Bund die Schaffung einer zentralen Gedenkstätte für die Opfer von Kolonialismus und Versklavung als Lern- und Erinnerungsort. Nur so kann gemeinsame Geschichte – in Berlin, Deutschland und den ehemaligen Kolonien – auch gemeinsam erinnert werden.

von Daniel Wesener, MdB, Sprecher für Kultur und Sebastian Walter, MdB, Sprecher für Antidiskriminierung und Queerpolitik

Deutschlands koloniale Geschichte ist in weiten Teilen verdrängt und vergessen. Gleiches gilt für die besondere Rolle Berlins als Hauptstadt des Deutschen Kolonialreiches. Hier wurde 1884/85 mit der »Kongokonferenz« etwa die spätere Aufteilung des afrikanischen Kontinents unter den Kolonialmächten besiegelt. Diese Vergangenheit hat in Berlin zahlreiche Spuren hinterlassen: Dazu gehören diverse Straßennamen, mit denen bis heute Kolonialverbrecher\*innen »gehört« werden, aber auch tausende geraubter Kunstwerke und menschlicher Gebeine, die noch immer in Berliner Museen lagern. Heute, hundert Jahre nach dem formalen Ende des deutschen Kolonialreichs, wird es Zeit, dass sich Berlin endlich seiner kolonialen Geschichte stellt und Verantwortung übernimmt.

# FAMILIE NEU DENKEN

# 41. CSD IN BERLIN

JEDER AUFSTAND BEGINNT MIT DEINER STIMME

**Familie ist da, wo Kinder sind. Dafür steht unsere Partei bereits seit vielen Jahren. Aber was bedeutet das genau und wo sehen wir weiterhin Baustellen? Was hat sich mit der Öffnung der Ehe geändert? Welche Rechte werden trans\*geschlechtlichen Eltern noch immer vorenthalten? Und was ist eigentlich mit größeren Sorgegemeinschaften?**

Derzeit gibt es vier Bereiche, die uns als LAG QueerGrün beim Thema »Familie« beschäftigen: Lesbische Mütter, Trans\*-Eltern, Mehrelternschaft und Leihmutterchaft. Mit der Öffnung der Ehe 2017 wurde es endlich auch gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht zu heiraten. Während bei heterosexuellen Paaren automatisch der Ehemann der Frau als Vater des Kindes eingetragen wird, bedarf es bei lesbischen Paaren einer Adoption durch die zweite Mutter. Trans\*-Eltern, die ein Kind zeugen oder gebären, werden in der Geburtsurkunde des Kindes noch immer mit ihrem ehemaligen Namen und Geschlecht eingetragen. Eine Mehrelternschaft, z.B. von einem

lesbischen und einem schwulen Paar, ist vom Gesetzgeber noch immer nicht vorgesehen, sodass nur die biologischen Eltern umfassende Rechte haben. Die Leihmutterchaft ist in Deutschland verboten.

**Klingt alles ganz schön kompliziert, oder?! In der LAG QueerGrün nehmen wir die einzelnen Bereiche genauer unter die Lupe!**

von Maria Meisterererst und Ulli Reichardt  
Sprecher\*innen  
LAG QueerGrün

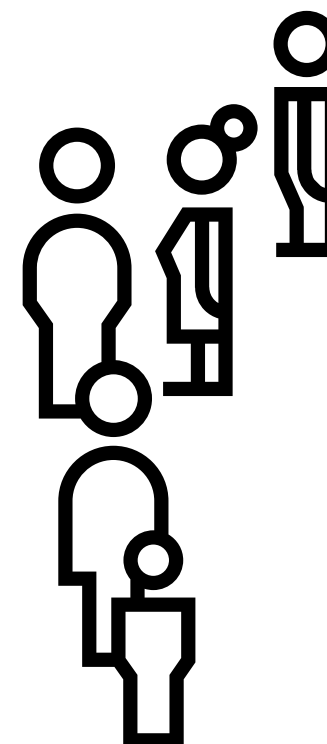
Auch diesen Sommer werden in Berlin wieder tausende Menschen auf die Straße gehen, um am Christopher Street Day (CSD) queeres Leben zu feiern und für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans\*, Inter\* und anderen queeren Menschen (LSBTTIQ\*) zu demonstrieren. Unter dem Motto »50 Jahre Stonewall – Jeder Aufstand beginnt mit deiner Stimme« wird am 27. Juli an die Anfänge der Gay Pride Bewegung erinnert, die 1969 in New York begann. Damals setzten sich Schwule, Lesben, Trans\* und Inter\*, vor allem People of Color, erstmals gegen eine der üblichen Polizeirazzien zur Wehr – in der Bar Stonewall Inn in der Christopher Street. Initiatorin des ersten CSD 1970 war Brenda Howard: bisexuelle Aktivistin und eine der Ikonen der Bewegung, denen nun, 50 Jahre später, gedacht werden soll. Auch wir Grünen werden 2019 wieder dabei sein. Mit viel Musik, Transparenten und guter Stimmung gehen wir auf die Straße: für ein tolerantes, buntes und offenes Berlin.

Schon am Vorabend findet der jährliche Dyke\* March statt. Hier demonstrieren mehrere tausend Dykes, Lesben, Queers und Unterstützer\*innen für mehr lesbische Sichtbarkeit und Lebensfreude. Ganz entspannt, ohne große Wagen und ohne Parteien.

**Wenn ihr uns beim CSD unterstützen wollt, meldet euch bei der LAG QueerGrün unter [queer@gruene-berlin.de](mailto:queer@gruene-berlin.de).**

Mehr Infos unter [www.dykemarchberlin.com](http://www.dykemarchberlin.com) und [www.csd-berlin.de](http://www.csd-berlin.de).

von Anja Feth  
Referentin für Frauen- und Gesellschaftspolitik in der Berliner Landesgeschäftsstelle





## NATURSCHUTZ BEI R2G

VIEL GESCHAFFT & NOCH VIEL VOR!



In diesem Jahr geht die rot-rot-grüne Koalition in ihr drittes Jahr. Im Bereich des Naturschutzes haben wir viele ambitionierte Vorhaben im Koalitionsvertrag verankert. Nach Dekaden des Stillstandes in diesem Bereich galt und gilt es, die mit tiefgrüner Tinte geschriebenen Projekte endlich umzusetzen. Wir geben Euch hier einen Überblick über einige unserer Projekte.

### BEE BERLIN –

#### BIENE UND ANDERE BESTÄUBER SCHÜTZEN

Wir kämpfen seit jeher dafür, dass wir Bienen und andere Bestäuber besser schützen. Rot-Rot-Grün entwickelt derzeit eine Bienenstrategie, die noch in diesem Jahr vorliegen wird. Weiterhin arbeiten wir daran, dass Strategien zur biologischen Vielfalt, die jahrelang in der Schublade lagen, endlich umgesetzt werden.

### NACHHALTIGE STÄRKUNG

#### DES BERLINER BAUMBESTANDES

Wir investieren acht Millionen Euro im Doppelhaushalt 2018/2019. Mit dem Nachtragshaushalt haben wir dies nochmal um zwei Millionen Euro aufgestockt. Ziel ist die grüne Null beim Verhältnis von Fällungen und Neupflanzungen.

### KLEINGÄRTEN ÖFFNEN,

#### URBAN GARDENING VERWURZELN

Insgesamt 160 der auf öffentlichen Flächen stehenden Kleingartenanlagen wurden von uns bis 2030 gesichert. Diese öffentlichen Flächen müssen aber auch möglichst vielen Menschen zur Verfügung stehen. Darum müssen zukünftig mehr Kleingärten gemeinschaftlich genutzt werden.

### GRÜNE OASEN

#### SCHAFFEN UND SICHERN

Zusammen mit der Stadtgesellschaft entwickeln wir die Charta StadtGrün für Berlin. In Anlehnung an den Dauerwaldvertrag wollen wir Grünflächen und das Stadtgrün Berlins besser pflegen und schützen.

### NATURCENT EINFÜHREN

Die Stadt wächst, Wohnungen und andere Gebäude werden gebaut, die Versiegelung der Stadt nimmt zu. Wir haben einen Fraktionsantrag zur Einführung des Naturcents vorgelegt. Darin wird u. a. gefordert, einen Fördertopf zu errichten, aus dem zweckgebundene Mittel für den Erhalt und den Ausbau der grünen Infrastruktur und für den Naturschutz zur Verfügung gestellt werden. Der Naturcent bemisst sich an den Einnahmen aus der Grundsteuer.

### PESTIZIDE VERBIETEN

Unser Antrag ›Berlin wird pestizidfrei‹ wird bald im Parlament abschließend beraten. Spätestens im nächsten Jahr heißt es dann: kein Platz in Berlin für Glyphosat und Co.!

von Turgut Altug  
Sprecher AG Verbraucherschutz

## VIELFALT DER STIMMEN

TEILHABE FÜR ALLE ERMÖGLICHEN

Es ist der Anspruch von uns Grünen Neukölln, unsere Gesellschaft gemeinsam mit allen Neuköllner\*innen gerechter, solidarischer und ökologischer zu gestalten und die vielfältigen Stimmen und Perspektiven unseres Bezirks abzubilden.

Kommunalpolitisch setzen wir uns daher schon lange – im engen Austausch mit lokalen Initiativen, Neuen Deutschen Organisationen und Selbstorganisationen – aktiv für mehr Teilhabegerechtigkeit im Bezirk ein. Dabei nehmen wir nun auch vermehrt unseren Kreisverband selbst in den Blick. So haben wir uns als Organisation auf den Weg gemacht, unsere Strukturen und unsere politischen Angebote derart zu ändern, dass sie mittel- und langfristig allen Neuköllner\*innen die Mitgestaltung ermöglichen.

Dazu gehört zum Beispiel, dass wir unsere politischen Inhalte – wenn möglich – **mehrsprachig aufbereiten**. Die Kerninhalte unserer ›Rette Deinen Kiez‹-Kampagne stellten wir beispielsweise auf Arabisch, Türkisch, Rumänisch, Polnisch und Englisch zur Verfügung. Und auch die ›You Can Vote‹-Kampagne, mit der wir Unionsbürger\*innen über die Möglichkeit informierten, bei der Europawahl in Berlin wählen zu können, boten wir mehrsprachig an.

Darüber hinaus versuchen wir bei der Planung von Veranstaltungen sowie Bezirksgruppensitzungen **vielfältigen Expertisen auf dem Podium Raum zu geben** sowie Themen zu diskutieren, die die **Lebensrealität aller Kiezbewohner\*innen berücksichtigen**. In unseren Bezirksgruppensitzungen haben wir mit dem ›Open Space‹ zudem ein Format etabliert, welches den Besucher\*innen ermöglicht, nach dem offiziellen Sitzungsteil in lockerer Atmosphäre miteinander Gespräche zu führen und das Ankommen zu erleichtern.

Uns ist klar, dass diese und andere Maßnahmen für mehr Teilhabegerechtigkeit Zeit benötigen, um Wirkung zu entfalten. Denn Machtstrukturen und Ausschlussmechanismen ändern sich nicht von heute auf morgen, das lehren uns auch die Erfahrungen mit der Frauen\*förderung in unserer Partei. Umso wichtiger ist es, dass sich die Kreisverbände und Landesarbeitsgemeinschaften dem Thema engagiert annehmen. Denn nur aus diesen Parteistrukturen heraus kann unsere Partei personell wie ideell diverser werden. In ihnen findet die Vernetzung im Kiez und mit den Initiativen statt und hier kommen die Neumitglieder an.

von Anna Hoppenau und Philmon Ghirmai  
KV Neukölln

30

KREISVERBÄNDE

## PLASTIKMÜLLFREIER WAHLKAMPF GEHT DAS?

Keine Frage, das Vermeiden von Plastikmüll ist für alle Grünen ein Thema. Aber gehört das auch in den Wahlkampf? Wir im Kreisverband Lichtenberg haben lange über das ›Ob‹ und ›Wie‹ eines plastikmüllfreien Europawahlkampfes diskutiert. Jetzt sind wir mitten drin!

Den grünen E-Shop nach plastikmüllfreien Giveaways zu durchforsten, war keine komplizierte Angelegenheit: Statt Luftballons und Bade-Enten konnten wir **verpackungs- und plastikfreie Einkaufschips** aus FSC-zertifiziertem Holz, **Buntstifte und Malbögen** bestellen. Verzichtet haben wir auf die in kleine Tütchen verpackten Gummibärchen. Stattdessen gibt es **unverpackte, in Berlin handgebackene und vegane Bio-Kekse** an unseren Ständen zum Sofortverzehr. **Blumen- und Kräutersamen** verpacken wir in **Pergaminpapier**, das vollständig kompostierbar ist oder im Altpapier entsorgt werden kann. Außerdem gibt's **Stevia und Tee in Papierverpackung**.

Die größte Herausforderung sind Wahlplakate. Denn trotz recycelbarer Materialien entsteht allein durch die zur Befestigung verwendeten Kabelbinder eine Menge Müll. Ein Kreisverband der Grünen in Rheinland-Pfalz hat deshalb entschieden, auf Plakate zu verzichten und stattdessen ausschließlich mittels Social Media und zwei elektronischen Werbetafeln auf sich aufmerksam zu machen. Als Kompromiss haben wir die Zahl unserer Plakate auf 250 reduziert und testen im Kaskelkiez, ob sich die **Plakate mit Altkleiderschnur, Hanfschnüren, wiederverwendbarem Draht oder mit recycelten Kabelbindern dauerhaft befestigen** lassen – mit Erfolg.

**BITTE NACHMACHEN!**

von Caroline Risse  
KV Lichtenberg

31

KREISVERBÄNDE

# 80%

aller durch das Jobcenter Mitte ausgesprochenen Sanktionen beruhen auf Terminversäumnissen, wodurch Hartz-IV-Beziehenden ihr Satz jedes Mal um 10 Prozent gekürzt wird.

## SANKTIONEN DURCH DIE JOBCENTER REDUZIEREN

### EINE NEUE TERMINVERGABE AUF AUGENHÖHE

Mit dem derzeitigen Hartz-IV-Satz kommt man nur schwer über die Runden. Der bestehende Sanktionskatalog, welcher dieses gesetzliche Existenzminimum sogar noch erlaubt zu unterschreiten, stellt für viele Betroffene eine besondere Härte dar, weshalb sich derzeit das Bundesverfassungsgericht zu recht mit der Verfassungsmäßigkeit der Hartz-IV-Sanktionen beschäftigt.

Darauf wollen wir im Bezirk Mitte jedoch nicht länger warten, sondern haben einen anderen kreativen Weg gefunden, um die Anzahl der Sanktionen zu minimieren. 80 Prozent aller durch das Jobcenter Mitte ausgesprochenen Sanktionen beruhen auf Terminversäumnissen, wodurch Hartz-IV-Beziehenden ihr Satz jedes Mal um 10 Prozent gekürzt wird. In Mitte sind hier monatlich 1.000 Personen betroffen.

Wir wollen die Sanktionen aufgrund von Terminversäumnissen reduzieren, indem das Jobcenter eine andere Terminvergabe praktiziert und so kein Anlass mehr für das Terminversäumnis besteht. **Wurden bisher Termine meist von den Integrationsfachkräften einseitig festgesetzt (gern morgens um 8 Uhr,**

**auch bei Personen mit schulpflichtigen Kindern), schlage ich mit der grünen BVV-Fraktion vor, mit den Beteiligten im persönlichen Gespräch Termine zu vereinbaren**, durch Hartz-IV-Beziehende mögliche Terminfenster unter der Woche für die Jobcenter zu definieren, in welchen Termine festgesetzt werden können, sowie **im Rahmen eines Modellprojekts die Terminvergabe über eine Online-Maske** wie in den Berliner Bürgerämtern auszuprobieren.

Auch soll das Jobcenter sich jährlich selbst verpflichten, Maßnahmen zu ergreifen, um die Anzahl der Terminsanktionen zu minimieren anstatt sich hier nur auf Bundesrecht zu berufen und fleißig Sanktionen wegen Terminversäumnissen auszusprechen.

Von diesen Maßnahmen erhoffen wir uns in Mitte weniger Terminversäumnisse und deutlich weniger Sanktionen. Denn es ist ein Irrglaube anzunehmen, dass 1.000 Personen jeden Monat in Berlin-Mitte »keine Lust« hätten, morgendliche Termine wahrzunehmen. Vielmehr brauchen wir mehr Augenhöhe zwischen Leistungsbeziehenden und dem Jobcenter. Dies ist ein erster Schritt auf diesem Weg.

von Taylan Kurt  
Fachpolitischer Sprecher für Soziales,  
Wirtschaft, Ordnungsamt und Jobcenter der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
in der BVV Mitte



**CLAUDIO PRILLWITZ**  
REDAKTIONSMITGLIED

Selbstbestimmt leben heißt für mich, mein Leben ohne Existenzängste frei gestalten zu können, solange ich meine Mitmenschen damit nicht negativ beeinträchtige. Freie Meinung, freie Liebe, freie Lebensentscheidungen: Gesunder Egoismus in einer kooperierenden Gesellschaft.



**ASTRID LAMM**  
REDAKTIONSMITGLIED

Selbstbestimmt leben heißt für mich, Verschiedenheiten nicht verstecken und Ähnlichkeiten zur Dominanzgesellschaft nicht (extra) herausstellen zu müssen. Für mich ist das Thema Gemeinwohlsolidarität wichtig. Die Dominanzgesellschaft hat es keineswegs für sich gepachtet.



**WOLFGANG SCHMIDT**  
REDAKTIONSMITGLIED

Selbstbestimmt leben heißt für mich, die Lebensumstände mitzugestalten und Verantwortung zu übernehmen. Darum freut es mich, dass die Schüler\*innen mit Fridays for Future auf den Plan getreten sind. Wir alle müssen uns aus der Komfortzone wagen! Also los, raus aus der Hängematte!

**Selbstbestimmt leben – was heißt das eigentlich?**  
**Auch unsere Redaktionsmitglieder haben sich Gedanken gemacht, was sie brauchen, um nach ihrer Fassung glücklich zu werden.**



**HENRY ARNOLD**  
REDAKTIONSMITGLIED

Als freischaffender Künstler ist für mich Berlin mit seiner Vielfalt, seiner Freiheit, seiner Chance zum Risiko und seiner Internationalität unendlich wichtig, um selbstbestimmt leben und arbeiten zu können. Das müssen wir gegen jede Bedrohung verteidigen und weiterentwickeln!



**JENNIFER TIX**  
REDAKTIONSMITGLIED  
UND GESTALTERIN

Selbstbestimmt zu leben bedeutet für mich, den Raum und die Möglichkeiten zu haben, aus sich selbst heraus zu handeln und zu gestalten. Die Aneignung, Rückeroberung und Belebung des öffentlichen Raums zum Zwecke der politischen Beteiligung stellen für mich eine wesentliche Aufgabe dar.



**HANNAH KÖNIG**  
REFERENTIN FÜR  
PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Selbstbestimmt leben heißt für mich, dass niemand außer mir selbst entscheidet, welches Leben das richtige oder falsche ist. Wen wir lieben, was wir als Familie definieren, wie wir wohnen oder arbeiten – nicht die Mehrheit entscheidet, sondern was uns glücklich macht!

# MITMACHEN

---

Parteien leben von den Menschen, die politisch aktiv sind und sie unterstützen.  
Wir Grünen sind stolz auf unsere Basisdemokratie und sind sicher: Du kannst etwas bewirken, mehr noch – Du machst den Unterschied!

**Du kannst dich an vielen verschiedenen Stellen in der Partei einbringen.**

## **KREISVERBÄNDE – VOR ORT AKTIV WERDEN**

Unsere Kreisverbände sind das Herz unserer Partei: Hast Du Lust, Dich vor Ort zu engagieren und in Deinem Kiez etwas zu verändern? Dann schau einfach bei einem Kreisverband in Deiner Nähe vorbei. Weitere Informationen findest Du unter [www.gruene.berlin/kreisverbaende-berlin](http://www.gruene.berlin/kreisverbaende-berlin).

## **GRÜNE JUGEND – JUNG, GRÜN, STACHELIG**

Du denkst, dass Du zu jung für Politik bist? Stimmt nicht! Bei der Grünen Jugend Berlin findest Du viele junge Menschen, die sich politisch engagieren. Weitere Infos unter [www.gj-berlin.de](http://www.gj-berlin.de).

## **LANDEsarbeitsgemeinschaften – DIE GRÜNEN DENKFABRIKEN**

Dich interessiert ein ganz bestimmtes politisches Thema? Du kennst Dich in einem Fachgebiet besonders gut aus? Dann bringe Dich mit Deinem Wissen und Deinen Ideen in unseren Landesarbeitsgemeinschaften ein. Ansprechpersonen, Termine und Aktuelles findest Du unter [www.gruene.berlin/landesarbeitsgemeinschaften](http://www.gruene.berlin/landesarbeitsgemeinschaften).

## **MITGLIEDERMAGAZIN – GRÜNE POLITIK IM BRENNPUNKT**

Und auch bei unserem Mitgliedermagazin, den Stachligen Argumenten, bist Du natürlich als Autor\*in oder freie\*r Mitarbeiter\*in herzlich willkommen, Dich einzubringen und unser Blatt aktiv mitzugestalten. Melde Dich einfach unter [stachlige-argumente@gruene-berlin.de](mailto:stachlige-argumente@gruene-berlin.de).

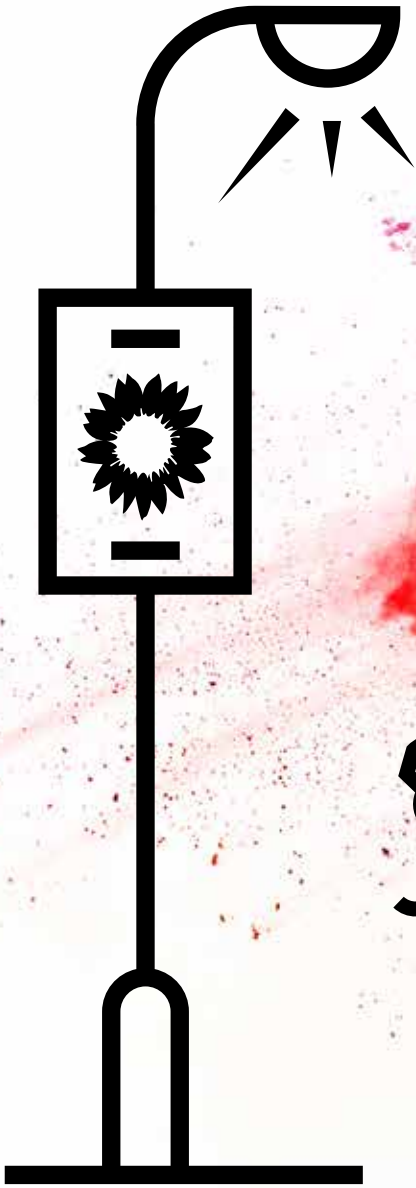
**Wir arbeiten derzeit zu folgenden Themen:**

### **LANDEsarbeitsgemeinschaften**

Bildung	Kultur
Bündnisgrüne Christ*innen	Medien
Demokratie und Recht	Migration und Flucht
Digitales & Netzpolitik	Mobilität
Drogenpolitik	Planen Bauen Wohnen
Energie Berlin-Brandenburg	Stadtentwicklung
Europa Berlin-Brandenburg	QueerGrün
Frauen* und Gender	Tierschutzpolitik
Frieden & Internationales	Umwelt
Gesundheit & Soziales	Wirtschaft & Finanzen
Grüne Jugend Berlin	Wissenschaft

### **ARBEITSGEMEINSCHAFTEN**

- Agrar- und Ernährungspolitik
- Aktiv gegen Rechts
- Bunt-Grün
- Grundsicherung/Grundeinkommen
- Kinder Jugend Familie
- Sportpolitik
- Verbraucherschutz



© getty | Kitsana Pankhuanoi

#### IMPRESSUM

07/2019, 41. Jg., Nr. 201

#### HERAUSGEBERIN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landesverband Berlin

Kommandantenstr. 80 | 10117 Berlin

(U2 Spittelmarkt)

T. (030) 61 50 05-0 | F. (030) 61 50 05-99

E. [info@gruene-berlin.de](mailto:info@gruene-berlin.de)

[www.gruene.berlin](http://www.gruene.berlin)

 [facebook.com/Buendnis90DieGrünenBerlin](https://www.facebook.com/Buendnis90DieGrünenBerlin)

 [twitter.com/gruene\\_berlin](https://twitter.com/gruene_berlin)

 [instagram.com/gruene\\_berlin](https://www.instagram.com/gruene_berlin)

#### REDAKTION

Claudio Prillwitz, Astrid Lamm, Wolfgang

Schmidt, Angélique Menjivar de Paz,

Henry Arnold

Hannah König (V.i.S.d.P.)

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin

[stachlige-argumente@gruene-berlin.de](mailto:stachlige-argumente@gruene-berlin.de)

Die einzelnen Beiträge der Autor\*innen geben

die Meinung der jeweiligen Verfasser\*innen

wieder und nicht notwendigerweise die der

Redaktion. Lesebriefe bitte per E-Mail senden an

[stachlige-argumente@gruene-berlin.de](mailto:stachlige-argumente@gruene-berlin.de)

#### GRAFIK & LAYOUT

Großstadtzoo GbR

Rudolfstr. 11, 10245 Berlin

Jennifer Tix | Natascha Kornilowa |

Yella Schaube

[www.grossstadtzoo.de](http://www.grossstadtzoo.de)

